

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Demokratiefbefund 2012

vorgelegt am 28.09.2012
durch den Sprecher der Initiative
Heinrich Neisser

An der Erstellung des Demokratiefbefundes 2012 der Initiative Mehrheitswahlrecht
und Demokratiereform haben mitgewirkt:

Gerd Bacher, Kurt Bergmann, Alexander Christiani,
Hubert Feichtlbauer, Herwig Hösele, Michael Neider, Heinrich Neisser,
Theo Öhlinger, Klaus Poier, Günter Voith

*Wir danken dem OGM-Institut, insbesondere Wolfgang Bachmayer, Karin Cvrtila und
Katharina Hager für ihre Unterstützung.*

*Weiters danken wir Iris Eisenberger und David Campbell für die wissenschaftliche
Beratung beim Beitrag Web 2.0-Demokratie bzw. bei der Erstellung des empirischen
Demokratiefbefundes.*

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung
2. Ziele der Initiative und des Demokratiebefundes
3. Empirischer Demokratiebefund
 - 3.1. Internationaler Rundblick
 - 3.2. Alarmierende Umfrage-Ergebnisse– ausgewählte Untersuchungsdaten
 - 3.3. Expertenbefragung Demokratiebefund 2012
4. Demokratiepolitische Entwicklungen 2011/12 im Spiegel der Initiative
 - 4.1. Positive Entwicklungen und Entscheidungen
 - 4.2. Bildungsvolksbegehren
 - 4.3. Diskussion um direkte Demokratie
 - 4.4. Verkleinerung von National- und Bundesrat – Persönlichkeitswahlrecht?
 - 4.5. Demokratievolksbegehren „Mein Österreich“
 - 4.6. Erste österreichweite Volksbefragung am 20. Jänner – eine ambivalente Premiere
 - 4.7. BürgerInnen-Umfrage in Graz
 - 4.8. Transparenz: Weitere Schritte notwendig
 - 4.9. Starke Lebenszeichen der Zivilgesellschaft
 - 4.10. Neue Parteien und ihre Chance
 - 4.11. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse – seit Jahren eine Baustelle
 - 4.12. Europakommunikation und Europa erklären als vordringliche Aufgabe
 - 4.13. Fazit: Sorge um die Demokratie – Reformen müssen ihre Vitalität stärken und Vertrauen der Bürger gewinnen
5. Forderungen und Erwartungen (Zusammenfassung)
 - 5.1. Kurzfristig bis zur Nationalratswahl 2013 umzusetzende Maßnahmen (Forderungskatalog 2012/2013-Minimalerfordernisse)
 - 5.2. Fragenkatalog an Parteien
 - 5.3. Forderungskatalog 2013-2018
6. Wichtige Detailbereiche
 - 6.1. Verwaltung: Die großen Reformen stehen nach wie vor aus
 - 6.2. Korruption: Allgemeine Moralvorstellungen zu schwach ausgeprägt
 - 6.3. Medien
 - 6.4. ORF-Befund 2012
 - 6.5. Web 2.0-Demokratie
 - 6.6. OGM-Demokratiebefund 2012
 - 6.7. Expertenumfrage – Fragebogen

1. Einleitung

Im Demokratiebefund für das Jahr 2011 wurde besonders auf die Erstarrung der österreichischen Politik und auf Defizite im politischen System hingewiesen. Besonders bedenklich wurde angesehen, dass die Parteien- und Politikerverdrossenheit Ausmaße angenommen hat, die ein demokratisches System aushöhlen und die dazu führen, dass sich immer mehr Menschen von der Politik abwenden und von ihr nichts mehr erwarten. Damit wird die Distanz zur Politik zur Vertrauenskrise. Die im vorliegenden Befund enthaltenen empirischen Ergebnisse bestätigen diese Feststellung.

In Österreich hat seit dem letzten Demokratiebefund der Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform (infolge kurz IMWD genannt) die demokratiepolitische Diskussion eine gewisse Verlebendigung erfahren. Vor allem das Thema des Ausbaues der Instrumente der direkten Demokratie ist verstärkt diskutiert worden. Mehrere Initiativen der Zivilgesellschaft sind in dieser Debatte in Erscheinung getreten. Die IMWD findet diese Tatsache durchaus positiv. Sie hält diese bei gewissen politischen Entscheidungen einzusetzen. Die Diskussion ist auch ein Protest gegen den Mangel an Bereitschaft der politischen Parteien zentrale Fragen, die in Form von Volksbegehren thematisiert wurde, einer breiten und tiefgehenden Erörterung zu unterziehen.

Die IMWD bedauert allerdings, dass in der Debatte um eine Reform des Wahlrechtes keine Anzeichen festzustellen sind, dass hierin Fortschritte erzielt werden. Sie möchte aus Anlass dieses Berichtes abermals auf die besondere Dringlichkeit einer Wahlrechtsreform hinweisen. Sie hat durch die Vorlage eines Entwurfes einen Beitrag geleistet.

Die intensive Diskussion über Änderungsnotwendigkeit im österreichischen demokratischen System ist weiterzuführen. Die im kommenden Jahr stattfindenden Nationalratswahlen bieten eine gute Gelegenheit, dass die politischen Parteien ihre Vorstellungen über eine Verbesserung der demokratischen Einrichtungen präsentieren, die auch von den Wählerinnen und Wählern beurteilt werden können. Es ist zu hoffen, dass in der nächsten Legislaturperiode auf den Boden des Parlaments vermehrt Aktivitäten stattfinden, um unsere Demokratie zu verlebendigen. Die IMWD wird auf diese Herausforderung immer wieder aufmerksam machen.

2. Ziele der Initiative und des Demokratiebefundes

Die Initiative Mehrheitswahlrecht bildete sich im April 2008 und trat mit einem Manifest unter dem Titel „Für eine lebendige Demokratie – gegen Parteienwillkür“ an die Öffentlichkeit.

Die grundlegenden Befunde unseres Manifests aus 2008 sind leider aktueller denn je: Teilweise dramatisch sinkende Wahlbeteiligungen, wachsende Protest-, Verdrossenheits- und Distanzphänomene, Ansehens- und Vertrauensverlust der Politik, mangelnde Problemlösungskapazität beschreiben den immer drängenderen Reformbedarf. Noch nie in den letzten Jahrzehnten hatte eine Bundesregierung so schlechte Umfragewerte wie die gegenwärtige „große Koalition“. Das zeigen die Ergebnisse zahlreicher repräsentativer Befragungen genauso wie die ExpertInnen-Befragungen¹ der IMWD für die Demokratiebefunde 2011 und 2012.

Stand zunächst „nur“ das Wahlrecht (stärkere Persönlichkeitsorientierung und leichtere Mehrheitsbildung und damit klarere Verantwortlichkeiten und selbstbewussterer Parlamentarismus) im Mittelpunkt, erweiterte die Initiative 2010 ihren Fokus auf „Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“, wobei im Positionspapier vom Mai 2010 und im erstmals Ende September 2011 vorgelegten „Demokratiebefund“ – der eine alljährliche Einrichtung, veröffentlicht rund um den Jahrestag des Inkrafttretens der Bundesverfassung am 1. Oktober 1920 werden soll – die direkte Demokratie als wichtiges Korrektiv und substantielle Ergänzung der repräsentativen Demokratie angesehen wird. Generell werden verstärkte Partizipationsmöglichkeiten für wesentlich für die Stärkung und Wiedergewinnung des Vertrauens der BürgerInnen in das politische System Österreichs gehalten.

Neue Balance von selbstbewussten Parlamentariern und direkter Demokratie

Es sollte aber bewusst sein, dass der notwendige Ausbau der direkten Demokratie nicht „die“ Problemlösung für das politische System in Österreich ist, sondern auf sich allein gestellt Stückwerk bleiben muss. Es gilt insbesondere die Stellung des Parlaments als dem zentralen Ort im demokratischen Prozess und das Selbstverständnis der Mandatäre als seine wesentlichen Akteure zu stärken. Ein persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht, das die Abhängigkeit von Parteiapparaten verringert und eine direktere Rückkoppelung zu den WählerInnen sicherstellt, ist daher unabdingbar.

Es ist also eine die Demokratie vitalisierende neue Balance von selbstbewussten MandatarInnen und engagierten BürgerInnen zu finden.

Das bedingt auch die Förderung von Vielfalt, Unabhängigkeit und Qualität von Medien, die für eine lebendige Demokratie systemrelevant sind, und intensivierete politische Bildung und Medienbildung in allen Lebensabschnitten, sowie die Nutzung der Chancen, die die digitale Welt für Bürgerpartizipation bietet (Stichwort „liquid democracy“, open space).

¹ Wir haben uns in diesem Demokratiebefund um geschlechtersensible Schreibweise bemüht. Sollten uns dennoch Fehler unterlaufen sein, bitten wir um Entschuldigung.

3. Empirischer Demokratiebefund

3.1. Internationaler Rundblick²

Weltweit gibt es verschiedene internationale Studien, die versuchen die Demokratiequalität von Staaten zu beschreiben und diese in Form eines „Demokratierankings“ zu klassifizieren. Da es jedoch kein einheitliches konzeptionelles Verständnis von Demokratie gibt, verwenden diese Studien unterschiedliche Dimensionen/Kategorien und Indikatoren, die in weiterer Folge auch zu einer unterschiedlichen Bewertung von Demokratiequalität führen können. In den folgenden Absätzen soll ein Überblick über die Ergebnisse und Untersuchungsdimensionen verschiedener Demokratiemessungen und die sich dabei ergebende Bewertung der österreichischen Demokratie gegeben werden. Die verwendeten Dimension bzw. Kategorien (siehe Tabelle 2) lassen auf ein jeweils engeres oder weiteres Demokratiekonzept schließen.

Das Democracy Ranking misst die Demokratiequalität von Staaten anhand der Kategorien „politisches System“, „Geschlechtergleichstellung“, Wirtschaftssystem“, Wissenssystem, „Gesundheitssystem und „Umwelt“. Für die Bewertung der Demokratiequalität werden die Durchschnittswerte in den Kategorien ermittelt und für die Bewertung gewichtet. Bis auf die Dimension „politisches System“ (50 Prozent) werden alle Dimensionen mit je 10 Prozent gewichtet. Die Freedom House Untersuchung bezieht sich im Wesentlichen auf die Messung von Freiheit, die durch die politischen Rechte und die bürgerlichen Freiheiten in einem Staat bestimmt wird. Es werden für beide Kategorien (mit jeweils vier Unterkategorien) Punkte vergeben. Im Fall der politischen Rechte können von den befragten ExpertInnen 0 bis 40 Punkte vergeben werden. Im Hinblick auf die bürgerlichen Rechte können 0 bis 60 Punkte vergeben werden. Die Grundlage für die Bewertung stellt eine Skala von 1 („Bestnote“) bis 7 Punkte dar. Das Polity IV Ranking bezieht die Kategorien „*executive recruitment*“, „*constraints on executive authority*“ und „*political competition*“ in seine Untersuchung mit ein. Die Demokratiequalität wird auf einer Skala von -10 (Autokratie) bis +10 (Demokratie) beschrieben. Der Vanhanen's Index of Democracy untersucht die Demokratiequalität von Staaten anhand der Dimensionen „Wettbewerb“ und „Partizipation“ (siehe Tabelle 2). Als Demokratien bezeichnet Vanhanen politische Systeme, die in den beiden Dimensionen „Wettbewerb“ und „Partizipation“ mindestens 30 bzw. 10 Prozentpunkte erhalten³. Der Democracy Index steht in direktem Bezug zur Freedom House Messung, da er Demokratie anhand der Kategorien „Wahlprozess und Pluralismus (*electoral process and pluralism*), Funktionieren der Regierung (*functioning of government*), politische Partizipation (*political participation*), politische Kultur (*political culture*) und bürgerliche Freiheiten (*civil liberties*)“⁴ misst (siehe Untersuchungskategorien in Tabelle 2). Die Ergebnisse werden durch die

² Für die Unterstützung bei der Erstellung dieses Kapitels danken wir Mag.^a Lisa Wewerka und Mag.^a Anna Kunisch.

³ Vgl. David F.J. Campbell/Thorsten D. Barth: *Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich*, In SWS-Rundschau (49.Jg.) Heft 2/2009: 214 ff.; vgl. Jüngst auch David F.J. Campbell/Thorsten D. Barth/Paul Pözlbauer/Georg Pözlbauer: *Democracy Ranking (Edition 2012): The Quality of Democracy in the World*. Wien 2012: Democracy Ranking (Books on Demand); David F.J. Campbell: *Die österreichische Demokratiequalität in Perspektive*, 293-315, in: Ludger Helms/David M. Wineroither (Hrsg.): *Die österreichische Demokratie im Vergleich*. Baden-Baden 2012: Nomos.

⁴ Campbell/Barth, 215.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

Berechnung der Durchschnittswerte der erzielten Punkte in den Indikatoren und den einzelnen Kategorien ermittelt Die Skala reicht von 0 bis 10 Punkte⁵.

Österreich erzielt bei diesen „Demokratierankings“ im Vergleich mit China, den EU-27-Staaten, Russland und den Vereinigten Staaten von Amerika grundsätzlich gute Ergebnisse bezüglich seiner Demokratiequalität. In der Freedom House 2012 und Polity IV Messung erzielt Österreich wieder jeweils die höchste Punktezahl. Im Democracy Index 2011 ist Österreich unter den ersten 15 Staaten zu finden. Unterschiede lassen sich vor allem im Vergleich zum Vanhanen's Index of Democracy erkennen (siehe Tabelle 1 und Tabelle 2). Österreich liegt nach dem Vanhanen's Index of Democracy aus dem Jahr 2000 im besseren Mittelfeld. Das schlechte Abschneiden der USA liegt vor allem an der vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung der Bevölkerung⁶. Im Democracy Ranking nimmt Österreich, trotz eines leicht erhöhten Index, nach wie vor Platz 11 ein und bleibt damit hinter einer Reihe von europäischen Staaten zurück:

1. Norwegen
2. Schweden
3. Finnland
4. Schweiz
5. Dänemark
6. Neuseeland
7. Niederlande
8. Irland
9. Deutschland
10. Vereinigtes Königreich
- 11. Österreich**

Somit hat sich im Vergleich zum letzten Jahr die Position Österreichs in einem internationalen Demokratievergleich nicht wesentlich verändert.

⁵ Ibid, 215.

⁶ <http://www.prio.no/CSCW/Datasets/Governance/Vanhanens-index-of-democracy/> (20.07.2011)

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

	Democracy Ranking 2009-2010 ^a	Freedom House 2012 ^b	Polity IV 2011 ^c	Vanhanen's Index of Democracy 2000 ^d	Democracy Index 2011 ^e
Belgien	13 (79.72)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	42,72	Full democracy (8.05)
Bulgarien	39 (63.96)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	24,16	Flawed democracy (6.78)
China	101 (36.70)	Not Free (7/6)	Autocracy (-10 bis -6)	0	Authoritarian regime (3.14)
Dänemark	5 (83.52)	Free (1/1)	Full democracy (10)	41,19	Full democracy (9.52)
Deutschland	9 (80.93)	Free (1/1)	Full democracy (10)	35,53	Full democracy (8.34)
Estland	23 (72.14)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	24,07	Flawed democracy (7.61)
Finnland	3 (85.77)	Free (1/1)	Full democracy (10)	35,60	Full democracy (9.06)
Frankreich	17 (76.24)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	29,26	Flawed democracy (7.77)
Griechenland	32 (69.78)	Free (2/2)	Full democracy (10)	35,87	Flawed democracy (7.65)
Irland	8 (80.98)	Free (1/1)	Full democracy (10)	30,13	Full democracy (8.56)
Italien	27 (70.97)	Free (1/1)	Full democracy (10)	42,75	Flawed democracy (7.74)
Lettland	33 (68.71)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	27,57	Flawed democracy (7.05)
Litauen	29 (70.50)	Free (1/1)	Full democracy (10)	28,16	Flawed democracy (7.24)
Luxemburg	keine Daten verfügbar	Free (1/1)	keine Daten verfügbar	29,10	Full democracy (8.88)
Malta	keine Daten verfügbar	Free (1/1)	keine Daten verfügbar	33,82	Full democracy (8.28)
Niederlande	7 (82.59)	Free (1/1)	Full democracy (10)	38,42	Full democracy (8.99)
Neuseeland	6 (82.95)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	34,91	Full Democracy (9.26)
Norwegen	1 (88.16)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	37,93	Full Democracy (9.80)
Polen	28 (70.52)	Free (1/1)	Full democracy (10)	22,30	Flawed democracy (7.12)
Portugal	18 (75.72)	Free (1/1)	Full democracy (10)	28,06	Full democracy (7.81)
Rumänien	41 (63.43)	Free (2/2)	Democracy (6 bis 9)	20,66	Flawed democracy (6.54)
Russland	88 (44.11)	Not Free (6/5)	Open Anocracy (-5 bis 0)	29,20	Authoritarian regime (3.92)
Schweden	2 (87.24)	Free (1/1)	Full democracy (10)	37,69	Full democracy (9.50)
Schweiz	4 (85.20)	Free (1/1)	Full Democracy (10)	18,96	Full Democracy (9.09)
Slowakei	35 (68.08)	Free (1/1)	Full democracy (10)	33,86	Flawed democracy (7.35)
Slowenien	19 (75.22)	Free (1/1)	Full democracy (10)	29,04	Flawed democracy (7.76)
Spanien	16 (77.58)	Free (1/1)	Full democracy (10)	31,89	Full democracy (8.02)
Österreich	11 (79.86)	Free (1/1)	Full democracy (10)	37,94	Full democracy (8.49)
Tschechien	26 (71.08)	Free (1/1)	Democracy (6 bis 9)	39,26	Full democracy (8.19)
Ungarn	34 (68.42)	Free (1/2)	Full democracy (10)	25,42	Flawed democracy (7.04)
USA	15 (79.03)	Free (1/1)	Full democracy (10)	19,08	Full democracy (8.11)
Vereinigtes Königreich	10 (79.90)	Free (1/1)	Full democracy (10)	30,15	Full democracy (8.16)
Zypern	25 (71.34)	Free (1/1)	Full democracy (10)	31,85	Flawed democracy (7.29)

Tabelle 1, Eigene Darstellung

^a <http://www.democracyranking.org/en/ranking.htm>, ^b http://www.freedomhouse.org/sites/default/files/FIW%202012%20Booklet_0.pdf,

^c <http://www.systemicpeace.org/GlobalReport2011.pdf>, ^d <http://www.prio.no/CSCW/Datasets/Governance/Vanhanens-index-of-democracy/> Excel-file (20.07.2011),

^e https://www.eiu.com/public/topical_report.aspx?campaignid=DemocracyIndex2011 (11.09.2012)

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Democracy Ranking	Politics (political system)	Gender (gender equality)	Economy (economic system)	Knowledge (knowledge-based information society, research and education)	Health (health status and health system)	Environment (environmental sustainability)
Freedom House ^a	Political rights *Electoral process *Political pluralism and participation *Functioning of government *Additional discretionary political rights questions	Civil liberties *Freedom of expression and belief *Associational and organizational rights *Rule of law *Personal autonomy and individual rights				
Polity IV	Executive recruitment	Constraints on executive action	Political competition			
Vanhanen's Index of Democracy	Competition "... the percentage share of the smaller parties and independents of the votes cast in parliamentary elections, or of the seats in parliament" ^b	Participation "... the percentage of the adult population that voted in elections" ^c				
Democracy Index	Electoral process and pluralism	Civil liberties	Functioning of government	Political participation	Political culture	

Tabelle 2, Eigene Darstellung basiert auf dem Beitrag von Campbell, David F. J. (2008). The Basic Concept for the Democracy Ranking of the Quality of Democracy. Vienna: Democracy Ranking, 10-15.

^a Die einzelnen Subkategorien werden in der Tabelle angeführt, damit die Ähnlichkeiten zum Democracy Index aufgezeigt werden können.

^b Vanhanen, Tatu (2000). A New Dataset Compared with Alternative Measurement of Democracy, 184-206, in: Hans-Joachim Lauth / Gert Pickel / Christian Welzel (eds.): Demokratiemessung. Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich. [Measurement of Democracy. Concepts and Results in International Comparison.] Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. Vanhanen, 186.

^c Ibid, 186.

3.2. Alarmierende Umfrage-Ergebnisse – ausgewählte Untersuchungsdaten

Aktuelle österreichische Umfrageergebnisse der letzten Monate zeigen, dass sich das Vertrauen in die österreichische Politik auch 2012 auf demokratiepolitisch beunruhigend niedrigem Niveau bewegt. OGM hat der IMDW exklusiv Umfrage-Ergebnisse zur Verfügung gestellt, wonach bei 71 % der Bevölkerung das Vertrauen in die Politik in den letzten fünf Jahren gesunken ist. Es seien aber auch andere signifikante veröffentlichte Umfragebefunde aus 2012 zitiert:

Neben dem Stillstand ist der Mangel an Anstand einer der Hauptkritikpunkte an der österreichischen Demokratie. Die bekannt gewordenen Korruptionsfälle, insbesondere in Kärnten, aber auch im Zusammenhang mit der Telekom sind alarmierende Zeichen. Über eine „Market“-Umfrage titelte der Standard in seiner Wochenendausgabe am 19.05/20.05.2012:

„57 % halten das politische System für unreformierbar. Die Umfrage zeigt Mehrheit für ‚Umsturz‘. Geringe Akzeptanz der Spitzenpolitiker.“

Umfragen zeigen ein ernsthaftes „Vertrauensproblem für die österreichische Politik“

Ein alarmierendes Zeichen für diese Distanz der österreichischen Jugend gegenüber dem etablierten Parteiensystem zeigt die Studie „Piraten – die neue Jugendpartei?“ des Instituts für Jugendkulturforschung Wien/Hamburg vom Juni 2012 auf.

Danach wäre die FPÖ mit 17,4 % in der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen die mit Abstand stärkste Partei, gefolgt von den Grünen (12,9%) und den Piraten (11,6%). Die beiden Regierungsparteien bleiben unter 10 Prozent und liegen etwa gleich auf. Während die FPÖ nunmehr im männlichen wie auch im weiblichen Segment gleichermaßen punkten kann, wird die grüne WählerInnenschaft in der Altersgruppe der 16- bis 29-Jährigen von jungen Frauen und die der Piraten von jungen Männern dominiert.

Während im Wählersegment der FPÖ die bildungsfernen Schichten die bildungsnahen stark überwiegen (2:1), ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen bei den Grünen genau umgekehrt. Die Piraten vereinigen in ihrer WählerInnengruppe hingegen bildungsferne und bildungsnaher Jugendliche bemerkenswerter Weise im gleichen Maße.

Laut dem Anfang September 2012 veröffentlichten „Jugend Trend Monitor 2012“ (Marktagent.com, 3002 Befragte zwischen 14 und 29 Jahre) haben nur 1,1 Prozent hohes Vertrauen in die österreichische Politik – das ist der letzte Platz, weit hinter Polizei (14,4 %) und Justiz (12,5%).

Wunsch nach direkter Demokratie und Persönlichkeitswahlrecht

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass bei den Diskussionen um die Wahlrechtsreform und die direkte Demokratie Ankündigungen und Parteitaktik im Vordergrund stehen und nicht so sehr die Suche nach einer konstruktiven Lösung. Diese ständigen Ankündigungen und wechselseitigen Blockaden führen zu weiterer Verstärkung von Verdrossenheitsphänomenen. Denn andererseits zählen Elemente einer stärkeren direkten Demokratie und stärkere Mitwirkung am Wahlsystem durch ein Persönlichkeitswahlrecht in allen Umfragen an der Spitze der Wünsche der Bevölkerung. Alarmierend sind auch die

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Ergebnisse des APA-OGM Vertrauensindex vom März 2012, die gegenüber März 2011 signifikante Veränderungen insbesondere im Bereich der Justiz -14 (nunmehr gesamt -19) und der Regierung -8 (nunmehr gesamt -37) gebracht haben. Es befindet sich insgesamt aber auch die Opposition mit -22 und das Parlament im Gesamten mit -15 im Negativsaldo bei der Frage „habe Vertrauen“ bzw. „habe kein Vertrauen“, wobei die EU mit -41 absolut das Schlusslicht ist. Positiv stehen Arbeiterkammer mit +50, Rechnungshof mit +50, Polizei mit +44, Verfassungsgerichtshof mit +42 da. Alle Kammern und der Gewerkschaftsbund sind knapp im positiven Bereich, was insgesamt auch wieder ein tiefes Misstrauen gegenüber der Politik zum Ausdruck bringt.

Ähnliches bringt auch das von der SWS mit Förderung des „Zukunftsfonds der Republik“ durchgeführte „Demokratie- und Wertemonitoring“ zu Tage. 83 % meinen, dass PolitikerInnen mehr oder minder keine Führungsqualität haben, 86 %, dass sie mehr oder minder die Verbindung zum Volk verloren haben, 90 %, dass sie mehr oder minder viel versprechen und wenig halten und 83 %, dass sie mehr oder minder auf den eigenen Vorteil bedacht sind.

59 % halten laut SWS die Nationalratswahlen für sehr wichtig, 55 % die Gemeinderatswahlen, 48 % die Landtagswahlen und nur 34 % die EU-Wahlen(hier gab es aber gegenüber 2010 ein signifikantes Plus von 6 %).

Wunsch nach digitaler Demokratie

Wesentlich im Vormarsch ist der Wunsch nach demokratischen Beteiligungs- und Informationsmöglichkeiten durch die digitale Welt. 68 % der Befragten sind laut „Humaninstitut“ Ende November 2011 der Meinung, dass soziale Netzwerke zu mehr direkter Demokratie führen können. Es wird erwartet, dass soziale Onlinenetzwerke die politische Landschaft folgendermaßen verändert: 83 % Onlinevotings über politische Aktivitäten, 72 % mehr Transparenz in der Politik, 66 % Gründung neuer Parteien und Bewegungen.

Abrutschen in internationalen Standortrankings

Generell ist es durch den Stillstand in der österreichischen Politik zu einem weiteren Abrutschen Österreichs in zahlreichen wichtigen internationalen Standortrankings gekommen, so beim World Competitiveness Scoreboard, wo Österreich 2011 nur mehr den Platz 18 einnimmt, wobei unser Staat in der Kategorie „Effizienz der Regierung“ im World Competitiveness Yearbook von 2007 Platz 10 auf Platz 27 2011 abgerutscht ist. In der Steuerpolitik liegen wir auf Rang 56 von 59 untersuchten Staaten. Auch beim Global Competitive Index des World Economic Forum liegt Österreich nur mehr auf Rang 18, nachdem es 2008 noch auf Rang 14 lag.

Beim „Korruptionswahrnehmungsindex“ von Transparency International (TI) ist Österreich im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2005 auf den 16. Platz abgerutscht (im Jahr 2005 wurde noch Platz 10 eingenommen).

3.3. Expertenbefragung Demokratiebefund 2012⁷

Für den „Demokratiebefund 2012“ wurden von uns im August 2012 wie im vergangenen Jahr Expertinnen und Experten aus Österreich mittels eines einheitlichen Fragebogens befragt. Unsere Einladung hierzu erging wiederum an jeweils 50 ExpertInnen aus den vier Bereichen Wissenschaft, Medien, Wirtschaft/Interessenvertretung sowie Zivilgesellschaft. Bei der Auswahl der ExpertInnen wurde auf sachliche Ausgewogenheit in Bezug auf Geschlecht sowie institutionelle und regionale Herkunft geachtet. Insgesamt haben sich 78 (im Vorjahr: 66) der 200 eingeladenen ExpertInnen an der Befragung beteiligt.

Alles in allem bewerten die befragten ExpertInnen die österreichische Demokratie insgesamt in einem Schulnotensystem weiterhin mit einem „Befriedigend“: Als Mittelwert ergibt sich eine Note von 3,13, was eine geringfügige Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr (2,83) bedeutet. Aufgegliedert auf die verschiedenen Ebenen schneidet die Gemeindeebene 2,59 (2011: 2,42) weiterhin am besten ab, während die Länder- (2012: 3,08, 2011: 2,94) und Bundesebene (2012: 3,24, 2011: 2,95) schwächer abschneiden und die Demokratie auf europäischer Ebene (2012: 3,56, 2011: 3,42) am schlechtesten bewertet wird. Im Vergleich der Demokratie in Österreich zur Demokratie in anderen Staaten wird die Demokratie in der Schweiz (1,65), in Deutschland (2,16) und in Großbritannien (2,47) weiterhin wesentlich besser beurteilt; die Demokratie in Frankreich (2,93), in den USA (2,99), im EU-Durchschnitt (3,04), in Slowenien (3,37) und in Tschechien (3,48) in etwa gleich eingeschätzt; während die Demokratie in Italien (2012: 3,85; deutlich besser als 2011: 4,22) und vor allem in Ungarn (2012: 4,52, 2011: 4,38) schlechter beurteilt wird. Der Demokratie in Russland (4,85) und China (4,89) wird ein „Nicht genügend“ attestiert. Auffallend ist, dass sich diese Einschätzung der ExpertInnen weitgehend mit dem internationalen „Democracy Ranking“ deckt.

Die wenigsten sind auch 2012 der Meinung, dass die Demokratie in Österreich im letzten Jahr (9 Nennungen) bzw. in den letzten 5 Jahren (8 Nennungen) in Österreich besser geworden sei; eine große Zahl sieht Verschlechterungen: im letzten Jahr (29 Nennungen) und noch deutlicher in den letzten 5 Jahren (40 Nennungen). Die überwiegende Mehrheit ist der Meinung, dass sich auf kurze Zeit auch nur wenig daran ändern wird, mit einem leichten Überhang der Pessimisten: 11 (besser) zu 15 (schlechter) bei einer 1-Jahres-Prognose, während bei der 5-Jahres-Prognose in diesem Jahr 25 eine Verbesserung und nur 18 eine Verschlechterung erwarten.

Hinsichtlich der drei „Staatsgewalten“ wird der Bundesregierung weiterhin die schlechteste, wenn auch gegenüber 2011 deutlich verbesserte Note ausgestellt (2012: 3,40, 2011: 3,80), Parlament (2012: 3,22, 2011: 3,53) und Justiz (2012: 3,15, 2011: 3,50) liegen – bei ebenso verbesserten Werten – annähernd gleich auf. In Bezug auf einzelne abgefragte Themenbereiche wird die österreichische Politik 2012 in Bezug wiederum auf die Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise (2,70; allerdings deutlich schlechter als 2011: 2,37) und Geschlechtergleichstellung (2,75) am besten beurteilt. Es folgen Migration und Integration (2,97), Budget (3,08; deutlich besser als 2011: 3,48), Maßnahmen zur Vereinbarkeit Beruf und Familie (3,16), Gesundheit und Pflege (3,21), Korruptionsbekämpfung (3,24, stark verbessert gegenüber 2011: 3,70), Stärkung der unabhängigen Justiz (3,26; ebenso stark verbessert gegenüber 2011: 3,72), Europa (3,38), Klima- und Umweltschutz (3,47, deutlich schlechter als 2011: 3,17), Umgang mit

⁷ Für die Unterstützung bei der Durchführung der ExpertInnenbefragung danken wir Mag. Manuel P. Neubauer.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

Bürgerinteressen (3,59), und Wissenschaft und Forschung (3,66). Am schlechtesten beurteilt wird die Politik in Bezug auf Föderalismusreform (4,47), Verwaltungsreform (4,16), Reform der Landesverteidigung (4,07), Pensionsreform (3,96) und Bildung (3,86). Bei der Möglichkeit der freien Nennung von drei Themen, auf die die österreichische Politik im nächsten Jahr einen besonderen Schwerpunkt legen soll, wurde Bildung mit noch größerem Abstand gegenüber dem Vorjahr am häufigsten genannt (43 Nennungen, 2011: 36 Nennungen). An zweiter Stelle der geforderten Schwerpunkte folgt Verwaltungsreform (20 Nennungen), sodann sind Budget (17 Nennungen), Pensionen (17 Nennungen), Wissenschaft & Forschung (16 Nennungen), Demokratie (16 Nennungen), Soziales (16 Nennungen), Wirtschaft (15 Nennungen) und Europa (15 Nennungen) genannt.

Als die wichtigsten Maßnahmen zur Demokratiereform in Österreich werden auch 2012 die Entpolitisierung des ORF (1,47), die Stärkung der unabhängigen Justiz (1,53), eine höhere Transparenz der Parteienfinanzierung (1,64), und der Ausbau der politischen Bildung (1,64) angesehen. Es folgen die Personalisierung des Wahlrechts (2,05), der Ausbau der direkten Demokratie (2,34), die Direktwahl der BürgermeisterInnen in ganz Österreich (2,39), die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben (2,71), die Einführung eines Mehrheitswahlrechts (2,79) sowie die terminliche Konzentration der verschiedenen Wahlen in Österreich auf einen „Superwahlsonntag“ (2,84). Als am wenigsten wichtig werden auch 2012 die Stärkung des Verhältniswahlrechts (3,50), die Direktwahl der Landeshauptleute (3,24) und die Beschränkung der Funktionsperioden von PolitikerInnen (3,07) beurteilt.

Die befragten Expertinnen und Experten schätzen allerdings die Chancen der Realisierung der Maßnahmen zur Demokratiereform vor der nächsten Nationalratswahl im Herbst 2013 als durchwegs niedrig ein, lediglich eine höhere Transparenz der Parteienfinanzierung erzielt mit 2,77 einen – geringfügig – positiven Wert. Die Chance der Einführung eines Mehrheitswahlrechts wird mit 4,51 am niedrigsten eingeschätzt, es folgen die Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben (4,29), die Direktwahl der Landeshauptleute (4,26) und die Entpolitisierung des ORF (4,24). Eher erwartet wird noch ein Ausbau der direkten Demokratie (3,12) und die Stärkung der unabhängigen Justiz (3,28).

Im Hinblick auf zivilgesellschaftliche Initiativen bzw. Neugründungen politischer Parteien ist interessant, dass von den befragten Expertinnen und Experten eine nachhaltige Verbesserung der Demokratie in Österreich auf längere Sicht vor allem von zivilgesellschaftlichen Initiativen erwartet wird (2,18), während die Wirkung neuer Parteien im Parlament neutral beurteilt wird (3,0).

Hinsichtlich von Regierungskonstellationen, die den Zustand der Demokratie in Österreich verbessern bzw. verschlechtern, werden schließlich „Kleine Koalitionen“ aus SPÖ oder ÖVP und einer anderen Partei (2012: 2,62, 2011: 2,48) und Alleinregierungen (2,74, allerdings schlechter als 2011: 2,47) weiterhin wesentlich besser beurteilt als Allparteienkoalitionen (2012: 4,09, 2011: 4,14), die „Große Koalition“ aus SPÖ und ÖVP (3,49, damit allerdings besser als 2011: 3,76) und Drei- oder Mehrparteienkoalitionen (2012: 3,43, 2011: 3,42).

4. Demokratiepolitische Entwicklungen 2011/12 im Spiegel der Initiative

Die IMWD legt heuer bereits zum zweiten Mal ihren Demokratiebefund vor. Dieser Demokratiebefund wird alljährlich rund um den 1. Oktober, dem Jahrestag des Inkrafttretens der Bundesverfassung 1920, veröffentlicht und über Fortschritte bzw. Rückschläge, Problemstellungen und Zielvorstellungen der Demokratie in Österreich berichten. Auch wenn man berücksichtigt, dass es um die Demokratie in vielen Staaten der Welt nicht zum besten steht, so ist auch der internationale Vergleich ernüchternd.

Im Jahr 2010 hat die Initiative ein Programm mit sechs politischen Schwerpunkten vorgelegt:

1. Enquetekommission für eine Wahlrechtsänderung
2. Superwahlsonntag, um nicht durch Dauerwahlkämpfe und ängstliches Schielen auf Zwischenwahltermine die notwendige Reformarbeit zu lähmen
3. Bürgermeisterdirektwahlen in allen 9 Bundesländern
4. Kandidatenfindung durch stärkere Einbeziehung der WählerInnen (etwa Vorwahlen)
5. Sorgfältiger Umgang mit Volksbegehren
6. Forcierung von Elementen der direkten Demokratie

Im ersten Demokratiebefund 2011 wurden folgende Forderungen erhoben:

- ernsthafte Befassung des Parlaments mit Demokratie- und Wahlrechtsreform
- seriöse Europakommunikation
- Erleichterung des Zugangs zur direkten Demokratie
- transparente Parteien- und Medienfinanzierung
- Reform des Föderalismus
- bessere politische Bildung
- Entparteiopolitisierung des ORF

Die Enquete-Kommission für eine Wahlrechtsänderung wurde von den Vertretern aller Parlamentsparteien bereits vor der letzten Nationalratswahl 2008 aufgrund eines von der Initiative vorgelegten Fragebogens positiv beantwortet. Allein sie fand nicht statt.

4.1. Positive Entwicklungen und Entscheidungen

Als demokratiepolitisch positive Aktivitäten der Bundesregierung bzw. der sie tragenden Parlamentsparteien 2011/12 seien erwähnt:

- das Parteiensparenzgesetz im Zusammenhang mit der Parteienfinanzierung
- die verschärften Antikorruptionsbestimmungen
- das Medientransparenzgesetz
- das Lobbyistenregister
- die Einsetzung der „Arbeitsgruppe ORF-Reform“ im Bundeskanzleramt, die ihre Tätigkeit bereits aufgenommen hat

Verwaltungsgerichtsbarkeit und Justizpolitik: Erfreuliche erste Schritte

Im Demokratiebefund 2011 wurde auf die Schwierigkeiten im Bereich der Verwaltungsgerichtsbarkeit hingewiesen. In der Zwischenzeit hat eine Reform stattgefunden, die nicht nur einstimmig im Parlament beschlossen wurde, sondern auch von allen

Beobachtern als ein Jahrhundertwerk bezeichnet wird. Ab 1. Jänner 2014 werden Verwaltungsgerichte erster Instanz eingerichtet. Es wird in neun Landesverwaltungsgerichte geben und zusätzlich zwei Bundesverwaltungsgerichte erster Instanz. Damit erfüllt Österreich nunmehr alle innerstaatlichen und internationalen Forderungen auf ein gerichtsförmiges Verfahren für alle Akte der Verwaltung auf Bundes- und Landesebene. Die bisher hierfür eingerichteten etwa 120 Institutionen können ersatzlos abgeschafft werden. Damit wird einer jahrzehntelangen Forderung von Theorie und Praxis Rechnung getragen.

Im Bereich der Strafverfolgungsbehörden konnte der Personalstand der Korruptionsstaatsanwaltschaft im vergangenen Jahr verdoppelt werden. Eine weitere Aufstockung ist im Gange. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, die schwierigen und mit Recht von der Öffentlichkeit genau verfolgten Strafverfolgungen mit wesentlich höherer Effizienz und in vertretbarer Zeit durchzuführen. Auch hier hat die Politik nach langem Zögern auf die öffentliche Kritik reagiert. Es bleibt zu hoffen, dass diesem guten Anfang weitere notwendige Schritte folgen.

Reformföderalismus und Polizeireform

Positiv zu vermerken sind auch Reformschritte in den Bundesländern – insbesondere in der Reformpartnerschaft der Steiermark mit Verkleinerung des Landtages und der Landesregierung, Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften und Spitalsreform. Auch die weitere Konzentration im Zuge der Polizeireform mit Zusammenlegung von Polizei- und Sicherheitsdirektionen zu einer Behörde je Bundesland ist zu erwähnen.

Zahlreiche renommierte Politikwissenschaftler, Verfassungsrechtler, Experten und Publizisten, so auch der Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger, äußerten sich zu demokratiepolitischen Fragen, wobei Holzinger – wie viele andere auch – insbesondere in seinen diversen Wortmeldungen auf vier Punkte Bezug nahm:

1. Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes
2. Stärkung der direkten Demokratie
3. Kampf gegen Korruption bzw Stärkung des Anstands in der Politik
4. Europakommunikation

Weiters sind unter anderem im Berichtszeitraum des Demokratiebefundes 2012 von Anfang Oktober 2011 bis Ende September 2012 folgende demokratiepolitisch bemerkenswerte Ereignisse festzuhalten bzw. Forderungen daraus abzuleiten:

4.2. Bildungsvolksbegehren

Im November 2011 wurde das von Hannes Androsch, Bernd Schilcher und Co. initiierte Bildungsvolksbegehren zur Eintragung aufgelegt. Es wurde von 383.820 Österreicherinnen und Österreichern oder 6,07 % der Wahlbeteiligten unterstützt und erreichte damit Platz 17 unter den bisherigen 35 Volksbegehren. Das Volksbegehren wurde öffentlich von einer breiten Front der Medien, der Sozialpartner und Bildungsverantwortlichen unterstützt. Die trotzdem relativ niedrig gebliebene Beteiligung wird insbesondere darauf zurückgeführt, dass Volksbegehren in Österreich seit Jahrzehnten regelmäßig vom Parlament missachtet werden und ein „Begräbnis dritter Klasse“ erhalten. So ist es auch den Bildungsvolksbegehren ergangen. Positiv ist allerdings zu sehen, dass eine breite Bewusstseinsbildung sowohl für die bildungspolitischen Fragen als auch für Fragen der direkten Demokratie erzielt wurde.

4.3. Diskussion um direkte Demokratie

Alle österreichischen Parlamentsparteien bekennen sich mittlerweile zum Ausbau der direkten Demokratie in Österreich. Wesentlich kreist die Diskussion um die Frage einer verpflichtenden Volksabstimmung bei den Volksbegehren, die ausreichend unterstützt wurden. Der Vorschlag der ÖVP zielt darauf ab, dass dies bei 10 % der Wahlberechtigten oder ca. 650.000 Wahlberechtigten der Fall sein soll, FPÖ und Grüne sehen eine deutlich geringere Grenze, SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann sah die Grenze eher in der Höhe der ÖVP, wobei insgesamt seitens der SPÖ eher Zurückhaltung herrscht. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer brachte mehrfach das deutsche Vorbild eines dreistufigen Verfahrens in die Diskussion.

Jedenfalls beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe aller im Nationalrat vertretenen Parteien im Parlament zu diesem Thema und führte im Juli 2012 auch ein Hearing durch, bei dem auch Vertreter von diversen Demokratie-Initiativen, unter anderem der „IMWD“, „Mehr Demokratie“ und „Mein Österreich“ eingeladen waren. Allgemein ist bewusst, dass die verfassungsmäßige Verankerung einer verpflichtenden Volksabstimmung nach einem ausreichend unterstützten Volksbegehren, eine Gesamtänderung der österreichischen Bundesverfassung bedeutet, die selbst einer verpflichtenden Volksabstimmung unterzogen werden muss.

In diesem Sinne tritt die Initiative für einen wesentlich leichteren Zugang der BürgerInnen zu den Instrumenten der direkten Demokratie und zu besonderer Sorgfalt im Umgang mit Volksbegehren ein. Eine vorrangige Forderung ist die Möglichkeit der Volksbegehrens-Eintragung auch brieflich und vor allem per Internet – das Gemeindeamts- und Notariatsmodell ist anachronistisch und schikanös. Durch die erforderliche namentliche Deklaration entfällt auch das Argument der Sorge um das „geheime Stimmrecht“. Diese vereinfachte Regelung sollte für die Europäische Bürgerinitiative genauso gelten wie für Volksbegehren in allen österreichischen Gebietskörperschaften.

4.4. Verkleinerung von National- und Bundesrat – Persönlichkeitswahlrecht?

Im Zuge der „Spar- und Konsolidierungspläne“ der Bundesregierung, wurde zu Jahresbeginn 2012 auch eine Reduktion der Zahl der Abgeordneten zum Nationalrat bzw der Mitglieder zum Bundesrat um ca. zehn Prozent – sprich beim Nationalrat von 183 auf 165 – als Ziel formuliert. Bezüglich des Bundesrates ist dafür eine Verfassungsänderung unabdingbar, beim Nationalrat ist eine Reduktion auch einfach gesetzlich möglich, doch wird generell bei Wahlrechtsfragen ein breiterer Konsens angestrebt. Jedenfalls wurde auch durch diese Ankündigung die Wahlrechtsdiskussion neuerlich befeuert. Verbale Bekundungen aller Parteien gehen in Richtung einer stärkeren Persönlichkeitsorientierung des Wahlrechtes. Die ÖVP (wie auch die Salzburger SPÖ für den Salzburger Landtag) schlug ein Wahlrechtsmodell vor, das quasi den von der IMWD vorgelegten und von Klaus Poier ausgearbeiteten Entwurf übernahm, der bei dem Symposium der Initiative im Parlament im Jänner 2011 vorgestellt wurde: 100 Mandatare sollen direkt per Vorzugsstimme in den bisherigen Wahlkreisen gewählt werden und der zweite Teil der Mandatare über Landes- und Bundeslisten entsandt werden. Für dieses Modell wäre keinerlei Änderung der Regionalkreiseinteilung notwendig geworden. Bei einer Reduktion der Nationalratsmandate auf 165 ohne grundsätzliche Wahlrechtsreform ist allerdings eine Veränderung der gegenwärtig 43 Regionalwahlkreise unbedingt geboten, da es sonst eine ganze Reihe von

Regionalwahlkreisen ohne direkt gewählten Abgeordneten gäbe.

Verbale Bekundungen zu einer Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes gab es seitens aller Parlamentsparteien. Für ein mehrheitsförderndes Wahlrecht sprachen sich im Laufe der letzten Monate zahlreiche Politiker, unter anderem die Landeshauptleute Gabi Burgstaller, Michael Häupl und Erwin Pröll, aber auch Altbundeskanzler Franz Vranitzky und Ex-EU Kommissar Franz Fischler aus.

4.5. Demokratievollsbegehren „Mein Österreich“

Im Juni 2012 konnte die für die Einleitung eines Volksbegehrens notwendige Unterstützungserklärungszahl von 8.032 deutlich überschreiten, sodass im Herbst 2012 auch mit einem Demokratievollsbegehren zu rechnen ist.

4.6. Erste österreichweite Volksbefragung am 20. Jänner – eine ambivalente Premiere

Ende August 2012 einigte sich die Bundesregierung darauf, eine Volksbefragung am 20.01.2013 zum Thema Wehrpflicht oder Berufswehr bzw Fragen der Zukunft des Zivildienstes durchzuführen.

Es wird dies die erste bundesweite Volksbefragung sein, während es bisher bereits zwei Volksabstimmungen (eine obligatorische zum EU-Beitritt 1994 und eine fakultative 1978 zur Frage der Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf). Diese Volksbefragung zum Wehrdienst ist ambivalent zu betrachten. Da die Bundesregierung in dieser Frage zu keiner einheitlichen Meinung gelangen konnte, wurde nach Monaten der fruchtlosen Diskussion diesen Weg gesucht.

4.7. BürgerInnen-Umfrage in Graz

Im Frühsommer 2012 gab es auch eine BürgerInnen-Umfrage in der Landeshauptstadt Graz zu den Themen Einführung einer Umweltzone bzw Grundstücksankauf der Stadt für ein Erweiterungsgebiet. Insgesamt beteiligten sich 30,6 % der Stimmberechtigten daran, davon 38.366 per Post, 30.837 über Internet und 1390 über persönliche Stimmabgabe. Aufgrund der zum Teil noch restriktiven gesetzlichen Ausübungsregeln für Instrumente der direkten Demokratie (insb. was die Möglichkeiten der brieflichen und/oder elektronischen Beteiligung betrifft), wurde von der Stadt Graz für diese BürgerInnen-Umfrage ein – rechtlich nicht verbindliches – Abstimmungsmodell im nichtstaatlichen Vollziehungsbereich gewählt. Auch dies zeigt den bestehenden Reform- und Modernisierungsbereich im Bereich der (direkten) Demokratie.

4.8. Transparenz: Weitere Schritte notwendig

Transparenz ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie. Mit dem Lobbyistenregister, dem Parteienfinanzierungsgesetz und dem Medientransparenzgesetz wurden im Frühsommer 2012 einige wichtige Schritte gesetzt. Aber: Beim Rechtsanspruch der Bürger auf Informationen besteht Nachholbedarf, wie im vergangenen Jahr die erste zu dem Thema durchgeführte internationale Studie der Republik attestierte. In dem sogenannten ‚Right to Information Ranking‘, das die beiden Menschenrechtsorganisationen ‚Access to Info Europe‘ (aus Spanien) und das kanadische ‚Centre for Law and Democracy‘ erstellten, belegte Österreich von 89 untersuchten Länder

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

den letzten Platz. Fazit: Informationsfreiheit, im Sinne eines Rechtsanspruchs auf Zugang zu amtlichen Informationen, gibt es in Österreich so gut wie nicht. (siehe auch *Florian Skrabal, Die Presse, 27.06.2012*)

Ein wichtiger Schritt ist die Implementierung der europäischen Bürgerinitiative und das österreichische Rechtssystem.

4.9. Starke Lebenszeichen der Zivilgesellschaft

Überhaupt ist festzustellen, dass die Zahl der Demokratie-Initiativen und der Demokratiereform-Initiativen in den letzten Monaten wesentlich angestiegen ist, wobei es auch Bemühungen um eine Koordination der einzelnen Initiativen gibt. Insgesamt ist die verstärkte Aktivität von Wut-, Mut- und Aktivbürgern als positives zivilgesellschaftliches Zeichen zu sehen.

Nachfolgend einige Namen bzw. Internetadressen:

- <http://mehr-demokratie.at>
- <http://www.volksgesetzgebung-jetzt.at/>
- <http://www.initiative-zivilgesellschaft.at/>
- <http://www.respekt.net/>
- IG-Demokratie via www.respekt.net
- Dr. Rohrsers Wutbürger>Mutbürger-Stammtisch: www.mutbuenger-innen.at
- MeinOe (Radlegger, Frischenschlager, Voggenhuber, Busek, Neisser, Gmachl): www.meinoe.at
- Initiative engagierter Rotarier
- <http://www.verwaltungsreform-jetzt.at/>
- BIÖ – Bürgerinitiative Österreich, Verein zur Demokratieentwicklung: <http://buengerinitiative-oesterreich.at/>
- www.aktion21.at
- www.seniors4success.at
- www.mioe.at

4.10. Neue Parteien und ihre Chancen

Ebenso ist eine verstärkte Aktivität von Parteigründungen zu bemerken, was die Defizite in der Repräsentation durch die traditionellen politischen Parteien unterstreicht.

Insgesamt haben mehr als 900 Parteien ihre Statuten beim Innenministerium hinterlegt. Parteigründungen und Kandidaturen bei Nationalrats- und Landtagswahlen über die heute traditionellen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne hat es immer wieder gegeben. Es hat auch zeitweise eine parlamentarische Repräsentation dieser Parteien gegeben. So konnte das von der FPÖ abgespaltene LIF (Liberale Forum) zweimal bei Nationalratswahlen (1994 und 1995) erfolgreich sein, schied aber 1999 aus. Das von der FPÖ 2005 abgespaltene BZÖ konnte bisher in den Jahren 2006 und 2008 bei Nationalratswahlen erfolgreich Mandate

erzielen. Dauerhaft etablieren konnten sich eben ÖVP und SPÖ, diese seit 1945 ununterbrochen, seit 1949 die FPÖ bzw. ihr Vorläufer WDU, und seit 1986 die Grünen. Die KPÖ war von 1945 bis 1959 im Nationalrat vertreten. Bei den letzten Nationalratswahlen 2008 kandidierten nicht erfolgreich folgende Listen:

FRITZ 86.194 (1,76%), DC 31.080 (0,64%), LIF 102.249 (2,09%), RETTÖ 35.718 (0,73%), Linke 1.789 (0,04%), Die Linke 349 (0,01%), KHK 347 (0,00%), STARK 237 (0,00%), TRP 2.224 (0,05%)

Bekanntlich gilt für den Einzug in den österreichischen Nationalrat die 4 %-Hürde (bzw. die Notwendigkeit, in einem der insgesamt 43 Regionalwahlkreise ein Grundmandat zu erreichen). Das BZÖ schaffte den Einzug in den Nationalrat 2006 mit 4,11 % der Stimmen, das LIF scheiterte 1999 mit 3,65 %, nachdem es in den beiden davor gehenden Wahlgängen jeweils 5,97 % bzw 5,51 % der Stimmen erzielte.

Bei Wahlen zum europäischen Parlament, bei denen die Wahlbeteiligung deutlich niedriger als bei Nationalratswahlen ist, konnte die Liste Martin zweimal mit 13,98 % bzw. 17,67 % erfolgreich Mandate erzielen, im Tiroler Landtag ist die Liste Fritz seit dem Jahr 2008 stark vertreten.

Das verstärkte Auftreten von Protestparteien ist sicherlich ein Krisensymptom der österreichischen Parteiendemokratie. Interessant und typisch ein Kommentar aus der Tageszeitung „Standard“ vom 16.08.2012: „Wer eine Stärkung liberaler Gedanken in Österreich wünscht, wird von neuen Parteien daher enttäuscht werden. Chancenreicher wäre es, in den bestehenden Parteien die liberalen Strömungen zu stärken.“ *Eric Frey, Der Standard, 16.08.2012*

Einer Karmasin-Umfrage von Ende Juli/Anfang August 2012, veröffentlicht im Profil, ist zu entnehmen, dass 23 % eine Partei des Magna-Gründers Stronach für grundsätzlich wählbar halten und immerhin 13 % eine Piratenpartei.

Andererseits ergab eine SWS-Studie, dass der Mitarbeit bei bestehenden Parlamentsparteien mit 32 % deutlich mehr Wirkungskraft zugetraut wird als der Mitarbeit bei neuen Parteien mit lediglich 18 Prozent.

4.11. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse – seit Jahren eine Baustelle

Wiederum ist es um den 2012 eingerichteten parlamentarischen Untersuchungsausschuss nach einem guten Start, der zu mehreren wichtigen parlamentarischen Initiativen (Transparenzpaket, Lobbyistenliste), zu einem abstoßenden und unwürdigen Gezerre gekommen, weil noch immer klare Spielregeln über Einsetzung und Ablauf fehlen, obwohl diese seit vielen Jahren versprochen und verlangt werden. Die Vorgänge im September 2012 haben jedenfalls einen verheerenden Eindruck hinterlassen, an dem nicht nur die Parteien, sondern das politische System insgesamt Schaden zu nehmen droht.

4.12. Europakommunikation und Europa erklären als vordringliche Aufgabe

Außerordentlich kritisch gestaltet sich die Europadiskussion. Es wird der Bundesregierung ein Mangel an konstruktiver Europakommunikation vorgeworfen, sodass sich eine immer größere Schere zwischen der seitens der Parteien der Bundesregierung erkannten notwendigen engeren Zusammenarbeit in Europa und andererseits der Europaskepsis der Bevölkerung sichtbar wird. Es wird auch ein deutliches Demokratiedefizit im Zusammenhang mit europapolitischen Entscheidungen sichtbar und spürbar. Gerade dem National- und Bundesrat, also den beiden Kammern des Parlaments als dem zentralen Forum der Demokratie, kommt hier eine besondere Aufgabe zu. Es sollten auch alle Chancen genutzt werden, die die Geschäftsordnungen der beiden Parlaments-Kammern bieten und die der Vertrag von Lissabon gebracht hat.

Ganz entscheidend für die künftige Entwicklung der Demokratie auch in Österreich, wird daher die Europakommunikation angesehen. Dies ist eine Aufgabe aller Mitgliedsländer der EU, aber auch der österreichischen Politik. Allgemein wird das demokratiepolitische Defizit der EU beklagt. Schon vor Jahren forderte Jürgen Habermas: „Das bedeutet, dass sich die politischen Parteien die Ärmeln hochkrepeln, damit Europa auf den Marktplätzen zu dem lebenswichtigen Thema wird“. Anfang August 2012 veröffentlichte Jürgen Habermas gemeinsam mit Peter Bofinger und Julian Nida-Rümelin in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen dramatischen Aufruf in diesem Zusammenhang unter dem Titel „Einspruch gegen die Fassadendemokratie“. Es geht darum, Europa zu erklären und in einer konzertierten Aktion von Politik, Zivilgesellschaft und Medien eine seriöse Europadiskussion nachhaltig zu initiieren.

4.13. Fazit: Sorge um die Demokratie – Reformen müssen ihre Vitalität stärken und Vertrauen der Bürger gewinnen

Wenn man den Berichtszeitraum des zweiten Demokratiebefundes betrachtet, so ist auf der einen Seite bedauerlicher Weise eine weitere Verschlechterung des Ansehens der Politik in Österreich zu registrieren, während auf der anderen Seite durchaus die eine oder andere im Interesse der Demokratie liegende Initiative seitens der Bundesregierung und des Parlaments gesetzt wurde. Mit Sorge erfüllt die IMWD die Tendenz, das demokratische System insgesamt verächtlich zu machen bzw fundamental zu kritisieren, etwa in der Diagnose „Postdemokratie“, „Fassadendemokratie“ und in Essays wie dem von Herfried Münkler im „Spiegel“ 29/2012 unter dem Titel „Die rasenden Politiker. Vom absehbaren Ende der parlamentarischen Demokratie“. Diese teilweise von ernsthaften Denkern und Wissenschaftlern geäußerte Kritik in Verbindung mit der Verächtlichmachung von demokratischen Institutionen durch Populisten und Demagogen kann eine für die österreichische Demokratie gefährliche Gemengelage hervorrufen. Davor warnt die IMWD und vertritt einen entschiedenen Standpunkt: Es geht der IMWD um eine Vitalisierung der österreichischen Demokratie durch sinnvolle Reformen, insbesondere eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes, des lebendigen Parlamentarismus und des Ausbaus der direkten Demokratie.

Man kann die Geschichte der Demokratie auch als Geschichte der permanenten Skandale und Fehlentscheidungen erzählen. Gewiss gibt es auch immer wieder Situationen, wo dies gehäuft auftritt. Der entscheidende Vorzug der Demokratie aber ist die Öffentlichkeit und Transparenz und die Selbstreinigung- und Selbstkorrekturkraft der Demokratie. Denn es gilt

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

das, was Francis Fukuyama als eine Stimme von vielen Anfang des Jahres 2012 in einem „SPIEGEL“-Interview (5/2012) auf die Kurzformel gebracht hat: „Die westliche Demokratie ist immer noch das einzige globale Erfolgsmodell, allen Schwächen zum Trotz“.

Der mündige und aktive Bürger ist der Träger einer lebendigen Demokratie, Meinungs- und Medienfreiheit die entscheidende Voraussetzung für eine offene, pluralistische und demokratische Gesellschaft. Daher sind Politische Bildung und Medienbildung aus der Sicht der IMWD von entscheidender Bedeutung – ihre Bedeutung hat durch die digitalen Möglichkeiten und die zu erwartende Forcierung der direkten und partizipativen Demokratie sogar noch zugenommen.

5. Forderungen und Erwartungen (Zusammenfassung)

Aus dem Demokratiebefund 2012 und den nicht erfüllten Forderungen des Demokratieberichtes 2011 bzw. der davor schon erstellten Positionspapiere ergeben sich folgende Forderungen, einerseits solche, die kurzfristig noch vor der Nationalratswahl umzusetzen sind bzw. andere, die im Arbeitsübereinkommen der Parteien für die Legislaturperiode 2013-2018 verankert und umgesetzt werden sollten:

5.1. Kurzfristig bis zur Nationalratswahl 2013 umzusetzende Maßnahmen (Forderungskatalog 2012/2013-Minimalerfordernisse)

- Erleichterung bei Volksbegehren (digitale und briefliche Beteiligung, Verzicht auf die Gemeindeamts- bzw. Notariatspflicht)
- Wahlrecht: zumindest Ausbau der persönlichkeitsorientierten Elemente im Wahlrecht (mindestens effektive Vorzugsstimmenregelung, bei Verkleinerung des Nationalrates Änderung der Regionalwahlkreise – eine Änderung der Nationalratswahlordnung ist durch die Änderungen bei der Bezirkshauptmannschafteinteilung in der Steiermark ohnehin unabdingbar).
- Klare Spielregeln für parlamentarische Untersuchungsausschüsse
- ORF: zumindest Umsetzung der von Bundeskanzler und Vizekanzler angekündigten Neugestaltung des Stiftungsrates, um so die Voraussetzungen für eine großflächige Ent-Parteipolitisierung des ORF zu schaffen.
- Wesentliche Intensivierung der Europakommunikation – Europa erklären muss die Pflicht der Exekutive – Europa diskutieren, die der Parlamente sein.

Außerdem erwarten wir, dass in den Wahlprogrammen der politischen Parteien klare Aussagen zur Zukunft der Demokratie und zur Demokratiereform enthalten sind.

5.2. Fragenkatalog an Parteien

Wir werden u.a. auch den politischen Parteien im Zusammenhang folgende Fragen vorlegen:

Für welche konkreten Maßnahmen in folgenden Bereichen treten Sie ein:

- Wahlrecht, speziell Persönlichkeits- und Mehrheitswahlrecht
- Ausbau der direkten Demokratie
- Parlamentarische Enquetekommission zur Demokratiereform
- Europakommunikation
- Politische Bildung
- Medienförderung
- Stärkung der Unabhängigkeit des ORF
- Bürgerbeteiligung und Web 2.0-Demokratie

Die Initiative wird die Antworten auf diese Fragen zeitgerecht vor den Nationalratswahlen veröffentlichen und richtet an alle Parteien, insbesondere den Parlamentsparteien, einen dringlichen Appell, Stillstand und Blockade aufzuheben und ernsthaft demokratiepolitische Impulse zu setzen, damit die Vertrauenskrise in die österreichische Politik nicht in eine veritable demokratiepolitische Krise mündet.

5.3. Forderungskatalog 2013-2018

- Umfassende Demokratiereform mit den Elementen Wahlrecht, Ausbau der direkten Demokratie und Stärkung des Parlamentarismus (sofortige Einsetzung einer parlamentarischen Enquetekommission zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit verpflichtendem Zeitplan), wobei wir eine ernsthafte Befassung mit den Fragen des Mehrheits- und Persönlichkeitswahlrechtes erwarten
- Funktionelle und nachhaltige Erneuerung des Parlamentsgebäudes, um als zentrales und repräsentatives Forum der österreichischen Demokratie auch im 21. Jahrhundert dienen zu können
- Konzertierte Dialog- und Informationsoffensive zu Europafragen – stärkere Rolle des Parlaments
- Fördernde Rahmenbedingungen zur Stärkung von Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien in Österreich, da diese systemrelevant für die Demokratie sind – Printmedien, private Radio- und TV-Anbieter, Internet
- Umsetzung des „Rahmenplans für eine Neugründung des ORF“, wie er in der ersten Sitzung der „Ostermayer-Kommission im Bundeskanzleramt von Kurt Bergmann den Mediensprechern der fünf im Parlament vertretenen Parteien übergeben wurde.
- Intensivierung der politischen Bildung, deren Bedeutung durch die neuen digitalen Möglichkeiten und die zu erwartende stärkere Nutzung der Elemente der direkten und partizipativen Demokratie noch höheren Stellenwert erlangt
- Umsetzung der jahrzehntelang versprochenen und verschleppten Föderalismusreform – Reformföderalismus – Ländermitwirkung an der Bundesgesetzgebung (Bundesratsreform – Landtage, Landesregierungen)
- Integration der brieflichen und digitalen Möglichkeiten in das demokratische System, z.B.: Onlinesammelsysteme und Briefabstimmungsmöglichkeiten für Bürgeranfragen, Petitionen, Volksbegehren, Volksbefragungen, Volksabstimmungen und bei der europäischen Bürgerinitiative, verantwortungsbewusster Umgang mit Web 2.0-Demokratie, wie u.a. liquid democracy und open government

Es geht insbesondere um eine Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie.

6. Wichtige Detailbereiche

6.1. Verwaltung: Die großen Reformen stehen nach wie vor aus

Jede Reformforderung ist vor dem Hintergrund des bedenklichen Vertrauensschwunds und erst recht der zerrütteten Staatsfinanzen zu sehen: Nur der Zinsen für die alten Staatsschulden wegen wird Österreich jede Stunde um mehr als 1 Million € ärmer; die rund 300 Milliarden Schuld bedeuten an die 40.000 € je Staatsbürger oder je 150.000 € je (Lohn-/Einkommen-) Steuerzahler, da diese nur rund ein Viertel der Bevölkerung ausmachen.

Nach wie vor sind von den 284 Seiten Regierungserklärung 2008 Absichten von höchstens acht Seiten verwirklicht. Die vier „wahllosen“ Jahre wurden keineswegs, wie angekündigt, für große Reformen genutzt – obwohl dies mit ein Grund für die Verlängerung der Legislaturperiode war.

Die sich türmenden Schuldenberge wurden erst, als eine Ratingagentur Österreich Ende 2011 herabstufte, irgendwie behandelt; aber hier wurden – typisch für diese Regierung? – mit werblichen Tricks Scheinlösungen erarbeitet: Die jährlichen Defizite von rund 9 Milliarden € (also kumuliert 45 Milliarden in fünf Jahren) wurden kumulierten „Einsparungen“ (+ Einnahmeerhöhungen) – noch dazu zum Teil mit unrealistischen Schätzungen – von 27 Milliarden € gegenübergestellt. Die richtige Rechnung zeigt, dass selbst bei Eintreffen der Schätzungsannahmen die Schulden in fünf Jahren nochmals um 18 Milliarden € höher sein werden. Ganz abgesehen von zusätzlichen Milliarden für europäische Verpflichtungen.

An einer tiefgreifenden, strukturellen Reform der Verwaltung führt kein Weg zu einer Verbesserung der Finanzlage vorbei. Im internationalen Vergleich ist die österreichische Verwaltung im Ganzen und in den meisten Teilbereichen im Ergebnis durchschnittlich, aber längst veraltet und modernisierungsunfähig und in den Kosten viel zu hoch und gefährdet damit den Wirtschaftsstandort.

Erfahrungen in Staatsverwaltungen und Großfirmen (S, SF, GM) zeigen, dass man auch mit kleinen Schritten wirksam sanieren kann, schon weil die Widerstände geringer sind; aber 3 Voraussetzungen sind dazu nötig: 1. ein klares Ziel, 2. die Schritte dürfen nicht zu wenige und nicht zu klein sein und 3. alle Entscheidungsträger müssen mitziehen.

Alle drei Voraussetzungen sind bei den zaghaften Aktivitäten auch seit Herbst 2011 in der Verwaltung überhaupt nicht gegeben. Was passierte etwa?

- Landesverwaltungsgerichte: nach Jahrzehnte langer Diskussion gibt es jetzt eine grundsätzliche Entscheidung für ihre Einrichtung
- Durch anerkanntswerte, punktuelle Initiativen wurden da und dort positive Detailmaßnahmen gesetzt, wie einige Bezirks- und geplante Gemeindezusammenlegungen in der Steiermark oder weitere elektronische Vernetzung in der Finanzverwaltung.

Dagegen wurden die strukturell und finanziell entscheidenden Problemfelder überhaupt nicht angepackt oder nur ohne Entscheidung diskutiert; die partei-, teilweise auch föderalismus-politisch motivierte gegenseitige Blockade, dazu Verantwortungs- und Änderungsscheu tragen die Hauptschuld an der bedenklichen Entscheidungsunfähigkeit bei:

- Landesverteidigung: nach fast 2-jährigen, schier endlosen Diskussionen soll nun am 20.01.2013 das Volk befragt werden
- Schulwesen: endlose Diskussionen mit hunderten Schulversuchen – trotz Volksbegehren ohne wirkliche Entscheidung, ständige Zustandsverschlechterung.
- Universitäten: endlose Diskussionen ohne wirksame Entscheidungen, ständige Zustandsverschlechterung.
- Gesundheitswesen: endlose Diskussionen ohne ernstliche Entscheidungen.
- Aufgabendurchforstung und Kompetenzaktualisierung nach Grundsätzen der Effizienz an Stelle von Einzelinteressen: keine nennenswerte Aktivität
- Kostenrechnung, Controlling, Ziel- und Leistungsvorgaben: keine nennenswerte Aktivität
- Reform des Föderalismus: keine nennenswerte Aktivität
- Vereinheitlichung des Dienst- und Pensionsrechts im öffentlichen Bereich
- Zu Effizienzerhöhung der Verwaltung gehört auch das Eindämmen der Normenflut, mit der die Verwaltung überschüttet wird. Hilfreich dazu wären Eliminieren toten Rechts, Gesetzesbefristungen und echte Abschätzung von Gesetzesfolgen für Verwaltung, Wirtschaft und Bürger.

Die Tendenz, die Schuld für alle Nichtentscheidungen und die ständige Lageverschlechterung nur dem jeweiligen politischen Gegner anzukreiden, findet in der Bevölkerung immer weniger Verständnis.

6.2. Korruption: Allgemeine Moralvorstellungen zu schwach ausgeprägt

Die „schärferen“ Gesetzesbestimmungen von 2008 wurden schon 2009 in wesentlichen Punkten zurück genommen (v.a. Ausnahme für Abgeordnete und kein Anfütterungsverbot). Aufgescheucht von einigen spektakulären Korruptionsfällen, hat die Regierung doch wieder ein schärferes „Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2012“ ausgearbeitet. Es sei dahin gestellt, ob diese besonderen Fälle eher aus parteipolitischem Kalkül hoch- und langgespielt werden oder aus moralischer Entrüstung und dem Bedürfnis nach rechtlicher Sauberkeit. Die Flut an Themen in Untersuchungsausschüssen und das starke mediale Echo zeigen auf, dass es kaum um einige „schwarze Schafe“, sondern um die Spitze eines Eisbergs geht, der voll mit „schwarzen Schafen“ ist, und der Aufdeckungseifer bietet einen bedenklichen Blick auf den Umgang der ganzen „politischen Klasse“ mit Korrektheit und Steuergeld.

Diese neuen Antikorruptionsnormen sind sicherlich ein richtiger Schritt, haben allerdings viele Mängel. wie das neuerlich nur ansatzweise Verbot von Anfütterung, das Schlupfloch von Geschenken „bei Veranstaltungen“ und die schwache Durchsetzungskraft mangels Tempo der Justiz oder auch die Schwammigkeit von Tatbeständen.

- Als gesetzliche Maßnahmen gegen Korruption in den letzten Monaten wurden auch das Lobbyinggesetz, die Parteienfinanzierung und das „Kopfverbot“ in Inseraten bezeichnet. Bei aller Anerkennung dieser Initiativen ist dennoch festzuhalten:
- Zum Lobbyismus: Lobbytätigkeit an sich ist nicht nur allgegenwärtig, sondern auch zur Information von Entscheidungsträgern unerlässlich; sie ist auch nicht verbotbar. Kriminell ist sie – wie jede Beeinflussung –, wenn sie mit Korruption verbunden wird, aber das ist eben Korruption. Völlig unwirksam und als reiner Bürokratismus erscheint ein Register, das gerade nur hauptberufliche Lobbyisten einfach registriert.

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

- Parteienfinanzierung: Flüsse nicht-öffentlicher Gelder an Parteien sind tatsächlich als korruptionsverdächtig interessant, aber wohl nur teilweise durch Tatbestände zu erfassen und transparent zu machen; ob die Wähler die Finanzierung der Parteien durch öffentliche Gelder überhaupt gut heißen, ist fraglich, aber wenigstens solche Geldflüsse sollten transparent sein – wie alle Transfers von Steuergeld. Insofern ist das Parteienfinanzierungsgesetz ein kleines, aber positives Mosaiksteinchen.
- Das Gleiche gilt für das „Kopfverbot“.

Tatsächlich ist korruptes Verhalten schwer tatbestandlich zu fassen. Wo liegen die Grenzen? Nur einige Beispiele:

- Geschenke zwischen echten persönlichen Freunden
- Vermittlung finanziell interessanter Verbindungen
- Bis wohin (Freunde, Bekannte, irgendwie verbundene Gruppen, Vereine, Firmen) reichen „persönliche Interessen“?
- Nahegelegte oder aufgedrängte (Wohlwollens-) Spenden an örtliche Behörden wie Polizei für Veranstaltungen
- Unterschiede, ob fremdes (z. B. Steuer-) Geld oder aus eigenem Vermögen gegeben wird
- Unterschied, ob vor oder nach einer Entscheidung Werte fließen
- Unterschied, ob eine Entscheidung bei Bestechung anders erfolgt wäre.

Es muss aber bewusst sein: Scharfe und klare Gesetze und Regelungen sind notwendig. Aber Gesetze können persönlichen Anstand nicht ersetzen. Es gilt das Bewusstsein für persönliche und politische Verantwortung, Ethik und Moral zu sensibilisieren und zu stärken.

6.3. Medien

Gewaltige Umbrüche ohne adäquate Reaktionen

Ein Schauplatz, auf dem sich das Rad der Zeit immer schneller dreht, ist das Feld der Massenkommunikationsmittel. Als „mittleres Erdbeben“ wurde in Fachkreisen der Austausch der journalistischen und der kommerziellen Führungsscrew bei den Tageszeitungen „Die Presse“ und „Wirtschaftsblatt“ im Sommer 2012 bezeichnet. Was sich dahinter verbirgt, ist aber eine Entwicklung, die weit über einzelne Zeitungen hinausreicht.

Das Internet wird immer mehr nicht nur zum Haupt-, sondern zum alleinigen Informationsmedium der jüngeren Generationen, was weltweit nicht nur zu einem Rückgang von Zeitungsauflagen, sondern auch von Einschaltziffern bei Radio- und Fernsehnachrichten führt. Das schon im Vorjahr an dieser Stelle zitierte Wort von den „Zeitungen, die ihre Leser, und den Journalisten, die ihre Jobs, und der Presse, die ihre Freiheit an populistische Regierungen und Medienmogule verlieren“, gilt mit vermehrter Brisanz unverändert, ohne dass sinnvolle Konzepte zur Bewältigung dieser Entwicklung erkennbar würden.

Von immer mehr JournalistInnen wird heute als selbstverständliche Voraussetzung für eine Beschäftigung in der Medienwelt multimediale Professionalität erwartet. Sie sollen schreiben und reden, Papier und Mikrofone, Online-Publikationen und Kameras bedienen können, um in Multimedia-Unternehmungen hin- und herschiebbar zu sein. Schon mit der Einführung der Computer-Berichte, die direkt an die Druckereien geliefert werden, sind Journalisten auch zu Korrektoren ihrer eigenen Arbeit geworden.

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass Verlagsleiter vom Redaktionspersonal heute auch das Verfassen von Texten bezahlter Einschaltungen erwarten – und dass sich Journalisten oft auch als Beschaffer von Inseraten bewähren müssen. Wie können in einer solchen Situation die Unabhängigkeit von Redaktionen sowie die Unterscheidbarkeit von redaktionellen Texten und bezahlten Einschaltungen aufrecht erhalten werden? Das Problem ist auch bei der jüngsten Diskussion über parteipolitisch gefärbte Werbeeinschaltungen in Massenblättern sichtbar geworden. Kein Wunder, dass manche Journalisten, die sich außerdem am Beginn ihrer Berufslaufbahn immer länger mit Niedriglöhnen, bloßen Werkverträgen und Projektaufträgen zufrieden geben müssen, allmählich auch die Feinfühligkeit für Strukturunterschiede in den Medien verlieren und einem ohnehin auch aus anderen Gründen erkennbaren Trend zu mehr Oberflächlichkeit erliegen können.

„Wir sind alle überfordert,“ bekannte freilich auch der Chefreporter des amerikanischen NBC-Fernsehens jüngst in einem „Spiegel“-Interview (11.06.12), als er daran erinnerte, dass nach ständigem Stellenabbau auch journalistische Kapazitäten Präsidentenreden analysieren und gleichzeitig Lokal- und Society-Reporter spielen müssen und in den allgemeinen Strudel der Veroberflächlichung geraten. Aber sie liefern andererseits ja ohnehin immer weniger die Aufreger der Politik. Blogger und Twitterer haben die mediale Macht übernommen. Deren unvorhersehbaren, keinen Regeln der Rechtsordnung oder der Selbstdisziplinierung unterliegenden Kommentare stoßen oft auch große politische Diskussionen an.

„Österreich ist nicht Amerika“, mag man einwenden. Dann haben Sie hoffentlich alle die Schilderung des langjährigen Sprechers der Grünen van der Bellen im „Standard“ (07.07.12) gelesen, wie es sich anfühlt, wenn man im Taxi auf der Fahrt zum Königberg die von der Partei aufgetragenen „Botschaften“ memoriert, dann aber keine der mitgebrachten Antworten zu den gestellten Fragen passt und ein einziger, oft noch spontaner „Sager“ über Glück oder Unglück des TV-Auftritts entscheidet. Ist das die Information, die wir brauchen, um als reife Bürgerinnen und Bürger gescheite demokratische Entscheidungen zu treffen?

Die offenen Fragen der Abgeltung von online-Diensten mancher Tageszeitungen sind gleichfalls noch keineswegs gelöst – und völlig ungelöst ist das bedrohliche Problem des Urheberrechtsschutzes im Netz. Worldwide-Web-Informationen sollen nach der Vorstellung der politischen „Piraten“ völlig frei und ungehemmt beschafft und verbreitet werden können. Das ist angesichts klarer gesetzlicher Regelungen im terrestrischen Info-Verkehr inakzeptabel. Von realistischen Abwehrmaßnahmen hört man wenig bis nichts.

Wenigstens der Datenraub im Netz, der sich längst zu einem Milliardengeschäft entwickelt hat, findet gelegentlich kursorische Aufmerksamkeit. Zumindest diskutieren müsste man auch hierzulande über die bedrohliche Machtballung bei globalen Informationsbeherrschern wie Microsoft, Apple, Google, Facebook – oder findet man sich von vornherein damit ab, dass der Info-Weltmarkt noch weniger zu bändigen sein wird als die innerstaatlichen Medienoligopole, vor denen die österreichische Politik besonders feige in die Knie gegangen ist?

Die Maßnahmen im Styria-Medienkonzern hängen wohl nicht zuletzt damit zusammen, dass vielfach mit einer zumindest starken Einschränkung, wenn nicht gar Abschaffung der Zeitungsförderung gerechnet wird. Auch wenn eine traditionelle Überbesetzung des Tageszeitungsmarktes in Österreich nicht zu bestreiten ist, wird man nicht tatenlos zusehen dürfen, wie einige Massenblätter immer stärker den Informationsmarkt beherrschen und dafür auch noch mit politischen Inseraten belohnt werden, die ein Mehrfaches der bisherigen

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

Presseförderung ausmachen – ganz zu schweigen davon, dass wir auf manche qualitativ hochwertige Wochenzeitungen im „Zeitgespräch der Gesellschaft“ nicht verzichten möchten.

„Der Buchkultur, wie wir sie kennen, droht der Kollaps“ durch die Amazon-Generalattacke auf das bisherige System der Autoren-, Verlags- und Buchhändlerkooperation, las man kürzlich in der „Süddeutschen Zeitung“. Bei uns dagegen erobert sich nicht einmal eine Meldung von großer positiver Bedeutung wie die einhellige Entscheidung des UN-Menschenrechtsrates in Genf, wonach alle Menschenrechte, die offline gelten, auch online verbindlich sind, einen Platz in Mediendiskussionen oder Medienpolitik-Reaktionen. Eine Gesellschaft wie die unsere, die für mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung eintritt, kann nicht laut genug ihre Stimme für voraussetzungslose, freie und transparente Diskurse in politischen Gremien und in der Zivilgesellschaft erheben.

Überbewertung des Boulevards

Zu einem für die Medien und Demokratie in Österreich wenig erfreulichen Befund kommt auch der Politikwissenschaftler Fritz Plasser in seinem 2012 erschienenen Buch „Erfolgreich Wahlkämpfen – Massenmedien und Wahlkämpfe in Österreich“, in dem er Österreich im Vergleich mit insgesamt neun europäischen Ländern untersucht.

In einer Zusammenfassung (*Claus Reitan, Die Furche, 23.08.2012*) heißt es: „Der erhobene und gut belegte Befund zeigt eine – wenig wünschenswerte – Sonderstellung Österreichs in Europa auf, die sich aus einer Befragung von Journalisten und Pressesprechern in neun Ländern ergab: ‚In keinem anderen der untersuchten Länder wird die steigende Negativität der Politikerdarstellung so stark angesprochen wie in Österreich.‘ Es würden, schreiben Plasser und Kolleginnen, nicht nur Politiker und ihre Pressesprecher eine zunehmende Negativität redaktioneller Wertungen registrieren, sondern auch jeder Zweite der innenpolitischen Journalisten sehe ‚eine sich verstärkende Eliten-kritische Tonalität im österreichischen Journalismus‘. (...) Die Beziehungen zwischen Journalisten und Politikern seien in Österreich ‚unverkennbar umschatteter‘ als in anderen europäischen Ländern. Das könne auch, so heißt es in dem Band, auf ‚die Dichte politischer Einflussversuche auf die redaktionelle Berichterstattung‘ zurückgehen. Diese scheine in Österreich ‚häufiger‘ stattzufinden als in Nachbarländern. Es seien zwei Elemente, worin sich die politische Kommunikationskultur Österreich ‚deutlich vom europäischen Durchschnitt unterscheidet‘: In keinem anderen der insgesamt neun untersuchten Länder werde der politische Einfluss der Boulevardzeitungen von Politikern und Journalisten so hoch eingeschätzt wie in Österreich. Umgekehrt hätten in keinem der untersuchten Länder politische Kommunikationseliten ‚ein so geringschätziges Urteil über das politische Einflussgewicht der nationalen Qualitätspresse‘.“

Es solle aber bewusst sein, dass **Unabhängigkeit, Vielfalt und Qualität der Medien systemrelevant für unsere Demokratie** sind.

Eine adäquate Förderung und entsprechende Rahmenbedingungen sind daher genauso notwendig wie „Medienbildung“ – das ist weit mehr als rein formale technische Medienkompetenz, vor allem in den Schulen, oder auch auf allen Stufen des LLL (lifelonglearning).

6.4. ORF-Befund 2012

In der Österreichischen Bundesverfassung ist dem Parlament 1974 der klare Auftrag erteilt worden, ein eigenes Bundesgesetz zu schaffen, das die *„Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Berücksichtigung der Meinungsvielfalt, die Ausgewogenheit der Programme sowie die Unabhängigkeit der Personen und Organe, gewährleistet.“* (Artikel 1 Abs. 2.)

Es war Aufgabe des ersten Demokratieberichts der im Jahr 2011, die Frage zu prüfen, „ob der ORF auf Grund der legislativen Rahmenbedingungen heute seine Aufgaben gegenüber der Gesellschaft unbehindert erfüllen kann?“

Das Urteil war für das Parlament vernichtend:

„Die in der Verfassung verbriefte Unabhängigkeit des Österreichischen Rundfunks und seiner Organe ist durch die derzeitigen gesetzlichen Regelungen und durch die Handlungsweisen von Regierung und Parteien nicht gewährleistet“

Was hat sich seither geändert?

Vordergründig, also an den gesetzlichen Rahmenbedingungen, nichts (Negativliste), Hinter dem Paravent aber ist einiges in Bewegung geraten (Positivliste).

Negativ:

- Von den 35 Stiftungsräten gelten nach wie vor nur vier als politisch unabhängig.
- Wahlergebnisse verändern die Zusammensetzung des höchsten ORF Organs
- Die Abschaffung des geheimen Wahlrechts im Stiftungsrat ermöglicht den Parteien die Kontrolle über das Abstimmverhalten ihrer Vertreter
- Das Abkommen über einen wenigstens teilweisen Ersatz der Gebührenbefreiungen läuft 2013 ersatzlos aus
- Stiftungsräte holen sich in Parteigremien Weisungen
- Landeshauptleute verwechseln das Anhörungsrecht mit Mitbestimmung
- Parteisekretariate machen Druck bei Personalentscheidungen
- Den Mitgliedern des Kontrollorgans, Komm/Austria, wird zwar Unabhängigkeit aufgetragen, sie werden aber von der Regierung bestellt

Eine im Frühjahr 2012 veröffentlichte „Karmasin“-Studie stellte fest: 75% der ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass im ORF die Regierungsparteien das Sagen haben (61% die SPÖ, 14% die ÖVP)

Positiv:

- Die „Affäre Pelinka“ – der Leiter des SPÖ Freundeskreises im Stiftungsrat sollte auf Wunsch der SPÖ Bürochef (sprich Generalsekretär) des Generaldirektors werden – hat neuerlich zu einer breiten Diskussion über die Abhängigkeit des ORF von Regierungen und Parteien, sowie zu einer stürmischen Widerstandsbewegung unter den MitarbeiterInnen, geführt.
- Bundeskanzler Faymann und Vizekanzler Spindelegger haben im April 2012 mit der Ankündigung einer ORF-Gremienreform erstmals die Bereitschaft zur Entparteiopolitisierung des ORF-Gesetzes signalisiert.

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

- Staatssekretär Josef Ostermayer erhielt den Auftrag, mit den parlamentarischen Mediensprechern eine Verkleinerung des Stiftungsrates von 35 auf 15 Mitgliedern zu verhandeln. Schon allein diese Maßnahme würde zu einer wesentlichen Zurückdrängung des Parteieneinflusses führen.
- Schon in der ersten Sitzung dieser „Reformkommission“ zeigte sich im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks die Notwendigkeit einer Diskussion über die Einführung einer gesamtösterreichischen Medienabgabe (statt der bisherigen Gebühren).
- Bei dieser Sitzung wurde den Mediensprechern der im Parlament vertretenen Parteien ein „Rahmenplan zur Neugründung des ORF“ der auf den Vorschlägen der „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“ basiert ebenso übergeben, wie – inhaltlich die selbe Zielrichtung verfolgende – Vorschläge und Forderungen der ORF-JournalistInnen, sowie von „SOS-ORF“.

Feststellungen des Demokratieberichtes 2012

Der Auftrag der Verfassungsgesetzes 1974, das Parlament soll durch ein eigenes Gesetz die Unabhängigkeit des ORF und seiner Organe gewährleisten, ist nach wie vor nicht erfüllt.

Der ORF ist auch 2012 dem Zugriff von Parteien und Regierungen ausgesetzt.

Im Berichtszeitraum 2011/12 kam es aber auch zu einer breiten öffentlichen Diskussion über die Herstellung der politischen und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des ORF.

Forderungen an das Parlament

Angesichts einer in Ansätzen positiven Entwicklung (z.B.: die Einsetzung der „Arbeitsgruppe ORF-Reform“ im Bundeskanzleramt) fordert die IMWD den Gesetzgeber auf,

1. endlich den Auftrag der Bundesverfassung zu erfüllen und durch konkrete Gesetze die politische, wirtschaftliche, personelle und inhaltliche Unabhängigkeit des Österreichischen Rundfunks sowie seiner Organe sicherzustellen!
2. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des ORF durch eine verpflichtende Refundierung der vom Staat verordneten Gebührenbefreiungen zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Frage des Umstiegs von einer Geräteabgabe auf eine Medienabgabe je Haushalt.
3. Die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit der öffentlich-rechtliche Rundfunk, in einer Zeit der rasanten technischen Entwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation seinen Auftrag gegenüber der Gesellschaft nicht nur in Radio und Fernsehen sondern auch im Internet in vollem Umfang erfüllen kann.

6.5. Web 2.0-Demokratie

Die elektronische Revolution und die neuen Formen der Informations- und Kommunikationstechnologie hatten und haben jedenfalls nachhaltige Auswirkungen auch auf Demokratie und Politik: Die demokratiepolitische Bedeutung insbesondere des Web 2.0 ist unbestritten. Einerseits werden etwa (partei-)politische Kampagnen vermehrt über das Internet geführt (beispielgebend der US-Präsidentschaftswahlkampf 2008 von Barack Obama), andererseits verlagert sich aber auch (politischer) Protest – bzw. die Entstehung

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

und Organisation politischer Protestbewegungen – zunehmend in die virtuelle Welt und auf soziale Netzwerke wie Facebook, Google+ oder Twitter (so im Falle der Protestbewegungen gegen das Stuttgarter Bahnhofsprojekt [Stuttgart 21] oder etwa mehrfach im Rahmen des sog. „Arabischen Frühlings“). Gewisse Ereignisse, Meinungen und Debatten bekommen überhaupt erst durch das Internet öffentliche Präsenz.

Durch das Web 2.0 öffnet sich der Diskurs: Die Themenpalette wird breiter und der Meinungs austausch schneller und anonymer. Dadurch verschiebt sich freilich auch die Definitions- und Deutungsmacht im demokratischen System. Politische Diskurse werden verstärkt auch außerhalb parlamentarischer Foren geführt; das bedeutet wiederum einen (möglichen) Verlust der Steuerungskapazität des traditionellen politischen Systems.

Demokratiethoretische Diskussionen, aber auch Visionen begleiten diese Veränderungen und wurden in den letzten Jahren etwa unter den Stichworten elektronische Demokratie, „Cyberdemokratie“ oder digitale Demokratie immer wieder zugespitzt thematisiert. Neben repräsentativen und direkten Demokratiekonzepten betrat jüngst das Konzept der *liquid democracy* die Bühne. Dabei sollen BürgerInnen an allen demokratischen Vorgängen selbst jederzeit mitbestimmen können oder ihre Stimmen anderen Personen übertragen; bereits beginnend beim Programm einzelner Parteien – in der Hoffnung, dass die Ergebnisse demokratischer, aufgrund der „Schwarmintelligenz“ aber auch rationaler werden. Dadurch brechen herkömmliche Macht- und Herrschaftsstrukturen auf und in der virtuellen Republik verlieren traditionelle demokratische Kontrollmechanismen zunehmend ihre Effektivität.

Zusätzlich erlangen Content-Provider und Suchmaschinen immer größere Bedeutung. Durch immer „nutzerfreundlichere“ Informationsselektion werden Web 2.0 Präferenzassistenten, insbesondere Suchmaschinen zu den neuen Informationsgatekeepern. Diese zunehmende Personalisierung im Netz führt zu einer ansteigenden Fragmentierung der Öffentlichkeit und – konsequent zu Ende gedacht – zumindest zur Gefahr eines Verlustes derselben.

Zweifelsohne sollen die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für eine positive Fortentwicklung der Demokratie nutzbar gemacht werden. Dabei sollten insbesondere die Aspekte der Stärkung des Kontaktes und der Kommunikation zwischen der politischen Elite und den BürgerInnen sowie einer besseren Serviceleistung des Staates gegenüber den BürgerInnen (etwa Stichworte E-Government und – bei Gewährleistung technischer Sicherheit und Geheimhaltung – E-Voting) verfolgt werden. Ebenso sollten diese Möglichkeiten zum Ausbau effektiver Partizipationsmöglichkeiten an der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung genutzt werden. Andererseits sollten aber auch Maßnahmen zur Sichtbarmachung der voranschreitenden Machtverschiebungen getroffen und eine entsprechende gesellschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet werden. Insbesondere gilt es dabei auch eine Bewusstseinsbildung bei Software-EntwicklerInnen, die Förderung demokratiepolitischer Verantwortung neuer Medien durch Bildungsoffensiven sowie rechtliche Begleitmaßnahmen und wissenschaftliche Begleitforschung zu gewährleisten.

DEMOKRATIEBEFUND 2012

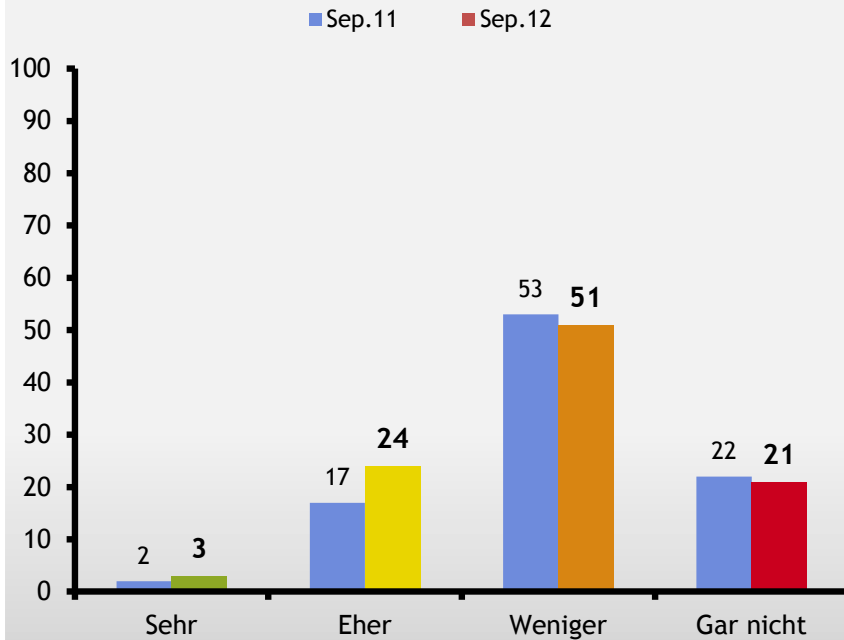
INITIATIVE MEHRHEITSWAHLRECHT UND DEMOKRATIEREFORM

SEPTEMBER 2012

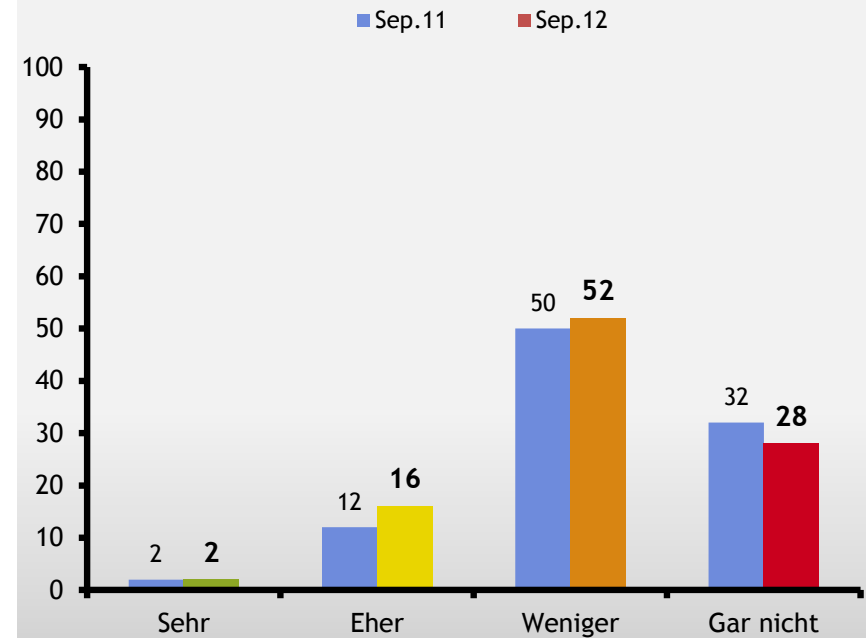
OGM
Österreichische Gesellschaft für Marketing
+43 1 50 650-0; Fax - 26
marketing@ogm.at
www.ogm.at

(505 Personen ab 16 Jahren befragt am 13. September, Angaben in Prozent)

Vertrauen in Politik?



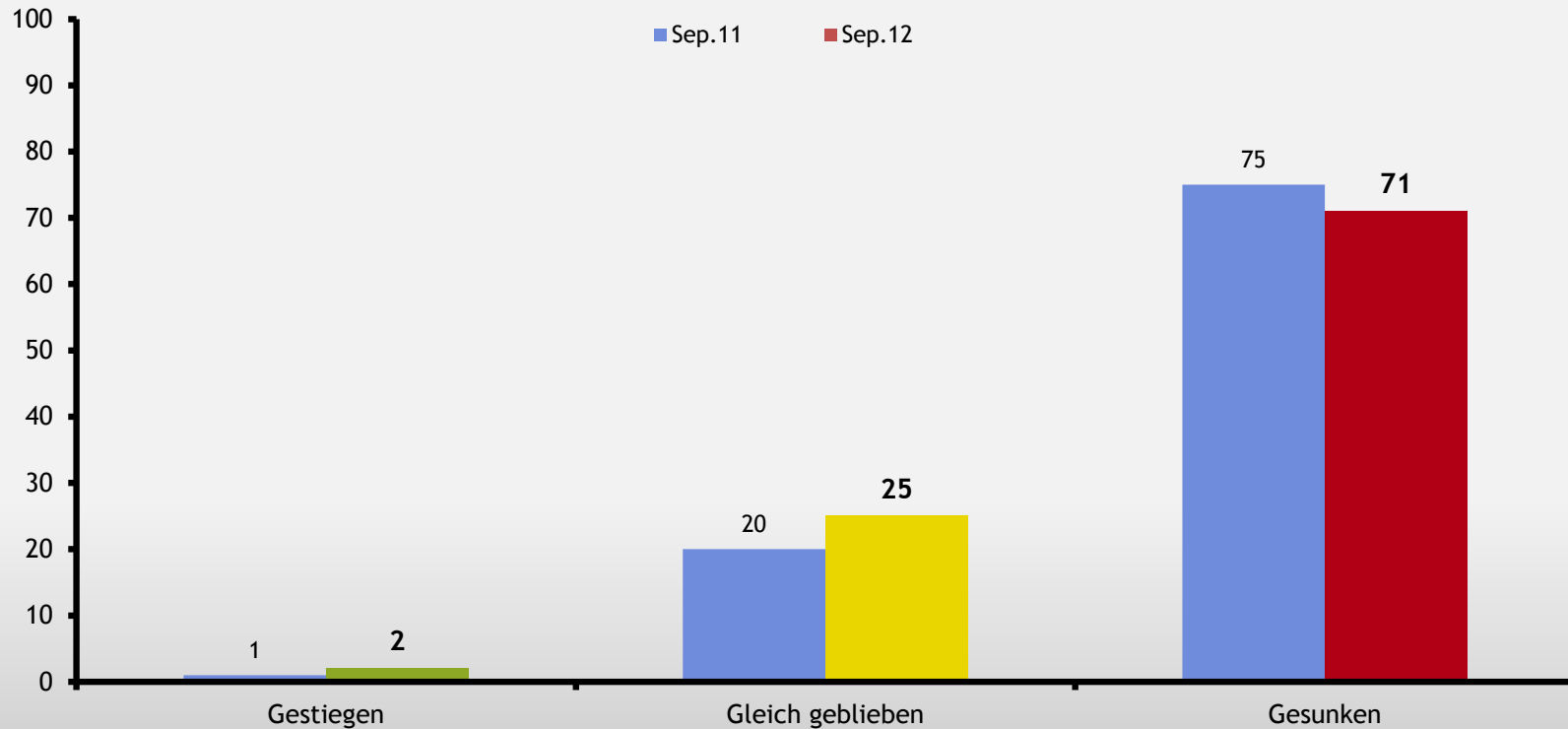
Vertrauen in PolitikerInnen?



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

(505 Personen ab 16 Jahren befragt am 13. September, Angaben in Prozent)

Vertrauen in Politik in den letzten 5 Jahren ...



Rest auf jeweils 100% = weiß nicht, keine Angabe

Befragung Demokratiebefund 2012

1. Wie beurteilen Sie den derzeitigen Zustand der Demokratie in Österreich (2012)? Bewerten Sie bitte nach dem Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 5 (nicht genügend).

	Sehr gut			Nicht genügend			keine Angabe/ weiß nicht
Insgesamt	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Bundesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Landesebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Auf Gemeindeebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Demokratie auf europäischer Ebene	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Ist Ihrer Ansicht nach der Zustand der Demokratie in den folgenden genannten Staaten im Vergleich zu Österreich besser oder schlechter?

	Viel besser als in Österreich			Viel schlechter als in Österreich			keine Angabe/ weiß nicht
Deutschland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frankreich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Großbritannien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Italien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Slowenien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Tschechien	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ungarn	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Griechenland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
EU-Durchschnitt	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Schweiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Russland	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
USA	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
China	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

3. Ist der Zustand der Demokratie insgesamt in Österreich im letzten Jahr (seit Sommer 2011) bzw. in den letzten fünf Jahren besser oder schlechter geworden?

	Viel besser geworden				Viel schlechter geworden	keine Angabe/ weiß nicht
Im letzten Jahr	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
In den letzten fünf Jahren	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

4. Wie wird sich der Zustand der Demokratie in Österreich im Vergleich zu heute im nächsten Jahr bzw. in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

	Viel besser werden				Viel schlechter werden	keine Angabe/ weiß nicht
Im nächsten Jahr	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
In den nächsten fünf Jahren	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

5. Ist Ihrer Ansicht nach die Arbeit der Bundesregierung, des Parlaments bzw. der Justiz im letzten Jahr in Österreich besser oder schlechter geworden?

	Viel besser geworden				Viel schlechter geworden	keine Angabe/ weiß nicht
Bundesregierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Parlament	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

6. Wie bewerten Sie die österreichische Politik in den folgenden Themenbereichen? Bewerten Sie bitte nach dem Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 5 (nicht genügend).

	Sehr gut				Nicht genügend	keine Angabe/ weiß nicht
Budget	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Europa	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Verwaltungsreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Föderalismusreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Pensionsreform	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Korruptionsbekämpfung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung der unabhängigen Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Gesundheit und Pflege	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Reform der Landesverteidigung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Umgang mit Bürgerinteressen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Geschlechtergleichstellung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Migration und Integration	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Bildung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Wissenschaft und Forschung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Klima- und Umweltschutz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

7. Auf welche drei Themen sollte die österreichische Politik im nächsten Jahr einen besonderen Schwerpunkt legen?

1.

2.

3.

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

8. Welche Maßnahmen zur Demokratiereform halten Sie in Österreich für wichtig bzw. nicht wichtig?

	Sehr wichtig				Nicht wichtig	keine Angabe/ weiß nicht
Einführung eines Mehrheitswahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkere Personalisierung des Wahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung des Verhältniswahlrechts	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausbau der direkten Demokratie	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Höhere Transparenz der Parteienfinanzierung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Entpolitisierung des ORF	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausbau der politischen Bildung	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Beschränkung der Funktionsperioden bei PolitikerInnen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Stärkung der unabhängigen Justiz	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der Landeshauptleute	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der BürgermeisterInnen in ganz Österreich	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Terminliche Konzentration der verschiedenen Wahlen in Österreich auf einen „Superwahlsonntag“	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>
Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

9. Für viele der in Frage 8 angesprochenen Themen hat es in den letzten Monaten Vorschläge und Initiativen der Parlamentsparteien gegeben. Schätzen Sie die Chancen auf eine tatsächliche Umsetzung von Reformen in diesen Themengebieten bis zur nächsten Nationalratswahl im Herbst 2013 für hoch oder niedrig ein?

	Sehr hoch				Sehr niedrig		keine Angabe/ weiß nicht
Einführung eines Mehrheitswahlrechts	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stärkere Personalisierung des Wahlrechts	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stärkung des Verhältniswahlrechts	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausbau der direkten Demokratie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Höhere Transparenz der Parteienfinanzierung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Entpolitisierung des ORF	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausbau der politischen Bildung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschränkung der Funktionsperioden bei PolitikerInnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stärkung der unabhängigen Justiz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der Landeshauptleute	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Direktwahl der BürgermeisterInnen in ganz Österreich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Terminliche Konzentration der verschiedenen Wahlen in Österreich auf einen „Superwahlsonntag“	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ausdehnung des Wahlrechts auf alle Personen, die bereits mehrere Jahre in Österreich leben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Initiative **M**ehrheits**W**ahlrecht und **D**emokratiereform

10. In den letzten Monaten haben sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen – von „MeinOE“ über „Mutbürger“ bis „Verwaltungsreform-jetzt“ – gebildet. Ebenso wurde eine Reihe von Neugründungen politischer Parteien vorgenommen oder angekündigt (Piraten-Partei, Stronach-Partei, „Österreich spricht“ etc.). Denken Sie, dass diese Initiativen bzw. neue Parteien im Parlament die Demokratie in Österreich auf längere Sicht nachhaltig verbessern oder verschlechtern werden?

	Demokratie wird sehr verbessert				Demokratie wird sehr verschlechtert				keine Angabe/ weiß nicht/ unbekannt
durch zivilgesellschaftliche Initiativen	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
durch neue Parteien im Parlament	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Von welcher Regierungskonstellation erwarten Sie, dass sie den Zustand der Demokratie in Österreich verbessert bzw. verschlechtert, also am besten imstande ist, die großen Probleme zu meistern?

	Demokratie wird sehr verbessert				Demokratie wird sehr verschlechtert				keine Angabe/ weiß nicht
Alleinregierung einer Partei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Große Koalition“ aus SPÖ <u>und</u> ÖVP	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
„Kleine Koalition“ aus SPÖ <u>oder</u> ÖVP und einer anderen Partei	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drei- oder Mehrparteienkoalition	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allparteienkoalition	<input type="checkbox"/> 1	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> 5	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Initiative MehrheitsWahlrecht und Demokratiereform

Abschließend dürfen wir Sie um ein paar statistische Daten bitten:

- I männlich weiblich
- II unter 30 Jahre 30 – 49 Jahre über 50 Jahre
- III Welcher Gruppe würden Sie
sich am stärksten zuordnen?
- JournalistInnen
 - WissenschaftlerInnen
 - Wirtschaft, Interessenvertretung
 - Zivilgesellschaft

Die Antworten werden ausschließlich statistisch verwertet und in jedem Fall streng vertraulich behandelt. Die Auswertung der Fragebögen wird wissenschaftlichen Qualitätskriterien folgen.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!